

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis prämienreicht
 Vierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 M. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Versendung
 Freiliste. Unter Kreuzband für
 Preussisch und Oesterreich-Ungarn
 2,50 M., für das übrige Ausland
 4 M. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die festgesetzte Kolon-
 gese über deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 30 Pf. (zweiwöchige 24 Pf. Gebüh-
 re). Jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Geschäftsver-
 träge das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch - Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Seebeute- und Blockade-Recht.

„Großbritanniens absolute Abhängigkeit vom Besitze der Vorherrschaft zur See macht es der Regierung zur Pflicht, die Angriffswaffe sicherheitsshalber intakt zu erhalten, die in die Hände eines die Herrschaft über die See besitzenden Volkes die Möglichkeit legt, die Küste eines Feindes wirksam zu blockieren.“

Sir E. Grey, Großbritannischer Staatssekretär des Aeußeren, 1908

Englands Kriegserklärung legt die Frage nahe, welche Mittel dieser Staat zunächst anwenden wird, um Deutschland zu schwächen. Ob England seine Landarmee in die kriegerischen Entscheidungen des europäischen Festlandes eingreifen lassen wird, steht noch dahin, ebenso, ob es mit den Operationen seiner Flotte in nächster Zeit zur Offensive übergehen wird. Das eine aber dürfte feststehen, daß es Deutschland gegenüber mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften von dem ihm kriegsrechtlich leider noch immer zustehenden Pressionsmittel des Seebeute- und Blockaderechts Gebrauch machen wird.

Worin bestehen diese Pressionsmittel?

Betrachten wir zunächst das Seebeuterecht. Danach kann eine kriegsführende Macht alle Schiffe, die Privateigentum der Bürger des von ihr bekriegten Staates sind, aufbringen und konfiszieren! In einem Landkrieg zwischen zivilisierten Mächten ist das Privateigentum der Bürger des feindlichen Staates zu respektieren. Die Okkupationsarmee darf nur unter Verantwortung der leitenden Offiziere das, was zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendig ist, requirieren, und zwar gegen Bezahlung. Das bestehende Seebeuterecht spricht diesen völkerrechtlichen Grundsätzen Hohn. Jedes englische Kriegsschiff kann jedes deutsche Kaufahrtschiff als gute Beute kapern. Schiff und Ladung werden Eigentum Englands, das heißt speziell in England erfolgt die Konfiskation gekapertter Schiffe zum Vorteil der Offiziere und Mannschaften des die „Beute“ aufbringenden Schiffes!

Aber mehr noch: nicht nur englische Kriegsschiffe dürfen dies Kaperhandwerk betreiben, sondern auch gewöhnliche Transport- und Handelsfahrzeuge, sofern sie nur die Kriegssflagge führen und unter militärischem Kommando stehen. Dabei kann aber die Verwandlung eines harmlosen Kaufahrtschiffes in ein „Kriegsschiff“ dieser Art jederzeit erst auf hoher See vorgenommen werden, ebenso wie das „Kriegsschiff“ sich nach Bedarf — um die Kapererei erfolgreich vornehmen und neue Gelegenheiten auszunutzen können — wieder in ein „friedliches“ Handelsfahrzeug zurückverwandeln kann! Selbstverständlich kann Deutschland genau so verfahren wie England.

Ob dies Seebeuterecht auch gegenüber den im Augenblick der Kriegserklärung in englischen resp. deutschen Häfen liegenden deutschen beziehungsweise englischen Schiffen Anwendung finden wird, bleibt abzuwarten.

Wahrscheinlich werden alle diejenigen Schiffe, die sich in neutralen Häfen befinden, sich durch Verbleiben an ihrem Aufenthaltsort gegen die Beschlagnahme sichern. Weniger aussichtsreich wäre der Versuch, wenn die beteiligten Staaten ihre Handelschiffe durch mehr oder minder fingierte Verkaufsverträge schützen wollten.

Die englische Kriegserklärung bedeutete also, sofern England seine Seeherrschaft aufrecht zu erhalten vermöchte, infolge des Seebeuterechts die Unterbindung des deutschen Ueberseehandels, soweit deutsche Handelschiffe als dessen Vermittler in Frage kämen.

Aber England besitzt noch eine zweite, gewichtigere Waffe zur Aufhebung des deutschen Ueberseehandels: das Blockaderecht. Vermittelt dieses Blockaderechts kann nämlich England die deutschen Häfen — von der zurzeit von der deutschen Kriegsslotte beherrschten Ostsee abgesehen — auch für die Handelschiffe aller neutralen Mächte schließen. Da das Gleiche auch an den österreichischen Häfen gilt, könnte — Englands Seeherrschaft in Nordsee und Mittelmeer immer vorausgesetzt — Deutschlands Verbindung mit den überseeischen Ländern nur auf dem indirekten, kostspieligeren Wege über die holländischen und italienischen Häfen aufrecht erhalten werden.

Da dadurch ein deutscher Handelsverkehr im Werte von vielen Millionen bedroht wird, dessen Ausfall die schwersten wirtschaftlichen Wunden schlagen muß, hängt

alles davon ab, ob England imstande sein wird, seine Seeherrschaft aufrecht zu erhalten.

Von welcher ungeheurer Bedeutung die Lahmlegung des deutschen Ueberseehandels für Deutschlands Ernährung, für seine Industrie und Landwirtschaft wäre, mögen einige nüchterne Zahlen beweisen.

Gelänge die britische Blockade, so würde dadurch eine Einfuhr Deutschlands im Werte von rund 6000 Millionen und eine Ausfuhr von zirka 8000 Millionen unterbunden, insgesamt also ein überseeischer Handelsverkehr — und zwar allein im Spezialhandel, unter Nichtberücksichtigung des Durchgangshandels — von vierzehn Milliarden Mark.

Dabei wäre noch vorausgesetzt, daß Deutschlands Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Italien, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Schweden durch den Krieg völlig unbeeinträchtigt bleiben, eine Annahme, deren Optimismus ohne weiteres einleuchtet.

Schon allein ein Blick in die näheren Einfuhrziffern zeigt den furchtbaren Ernst der Lage. Wie stände es zum Beispiel mit unserer Textilindustrie, wenn sie auf die Einfuhr der überseeischen Baumwoll-, Jute und Wolle verzichtete? Wenn sie auf die 462 Millionen Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, die 73 Millionen Baumwolle aus Ägypten, die 58 Millionen Baumwolle aus Britisch-Indien, die 100 Millionen Jute aus demselben Lande, ferner auf die 121 Millionen Merinowolle aus Australien und die 23 Millionen desselben Artikels aus Argentinien Verzicht leisten müßte? Was sollte sie bei längerer Kriegsdauer beginnen ohne diese im Zeitraum eines Jahres verbrauchten Rohstoffe im Werte von 830 Millionen?

Auch daß wir speziell aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1913 allein für 300 Millionen Kupfer bezogen — ungefähr das Zehnfache unserer eigenen Kupferproduktion — mag erwähnt werden; ebenso, daß die Petroleumzufuhr so gut wie ganz unterbunden würde.

Weiterhin ist unsere Lederindustrie auf die überseeische Zufuhr von Häuten (Argentinien allein lieferte für 71 Millionen Kinderhäute) angewiesen. Die Landwirtschaft würde allein durch die Unterbindung der Einfuhr des Chilisalpeters aus Chile — die 1913 einen Wert von nicht weniger als 171 Millionen hatte — empfindlich geschädigt werden.

Welche Bedeutung eine wirksame Blockade für die Volksernährung hätte, ergibt sich schon aus folgenden wenigen Zahlen: Deutschland bezog an Weizen aus den Vereinigten Staaten für 165 Millionen, aus Rußland für 81 Millionen, aus Kanada für 51 Millionen, aus Argentinien für 75 Millionen, also aus diesen vier Ländern allein für 272 Millionen Mark. Ferner kommt allein aus Rußland folgende Einfuhr an Nahrungsmitteln in Fortfall:

Eier im Werte von	80 Millionen
Milch und Butter im Werte von	63
Hafer im Werte von	32

Hinzukommen, um aufs Geratewohl hin nur noch einige Ziffern zu nennen, für 112 Millionen Schweinefleisch allein aus den Vereinigten Staaten, für 46 Millionen Reis allein aus Britisch-Indien und für 151 Millionen Kaffee allein aus Brasilien!

Wenn man nur diese wenigen Tatsachen, denen sich noch mancherlei andere anreihen ließen, unbesangenen würdigt, wird man die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges von längerer Dauer wahrhaftig nicht gering anschlagen können.

Zügellose Ausschreitungen.

Wie weit es eine gewisse Presse durch ihre haarsträubenden Sensationsnachrichten und ihre unter dem Deckmantel des „Patriotismus“ sich austobende Heße gebracht hat, bewiesen die tiefbeschämenden Kadouszenen, die sich am Dienstag abend vor dem Palais des englischen Votschafters in der Wilhelmstraße abspielten. Um was es sich dabei handelte, berichten freisinnige Blätter folgendermaßen:

„Zu bedauerlichen Ausschreitungen ist es gestern abend vor der englischen Votschaft gekommen. Schon nach dem Bekanntwerden der Rede Sir Edward Greys hatte sich vor dem englischen Votschaftsgebäude in der Wilhelmstraße eine große Menschenmenge angesammelt. Als die Extrablätter den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland durch die englische Regierung bekanntmachten, wuchs die Menschenmenge vor der Votschaft auf Tausende an.

Die beiden Schlußleute, die dort postiert waren, konnten dem Ansturm der Menschenmenge nicht standhalten. Die Massen drängten gegen das Palais, pfliffen, drachen in fürmische Pfuirufe aus, sangen die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. Schließlich klatterten einige

junge Leute an dem Palais empor und schlugen mit Stöcken sämtliche Fenster Scheiben des Parterres ein. Inzwischen war ein großer Trupp berittener Schutzleute requiriert worden, die zusammen mit einer größeren Anzahl anderer Beamten die Wilhelmstraße bis zu den Linden räumten.

Tausende und Abertausende von Menschen stonden jetzt unter den Linden und warteten auf die Abfahrt des Votschafters. Um diese Zeit verließ der spanische Votschafter Polo de Barnate, der dem Votschafter einen Besuch abgestattet hatte, die Votschaft. Pfuirufe und Pfiffe ertönten und nur unter dem Schutze der Polizei ist es dem spanischen Votschafter, den die Menge für Sir Edward Greys hielt, gelungen, zum Hotel Bristol zu gelangen. Die Demonstranten wollten mit Gewalt in das Hotel eindringen, doch gelang es dem Grafen Sturm v. Sierstorff, die Menge durch eine politische Ansprache von weiteren Demonstrationen abzuhalten. Aber noch gegen 12 Uhr stonden Hunderte von Menschen vor dem Hotel.

Nach den Versicherungen glaubhafter Augenzeugen ist diese Schilderung des standalösen Vorgangs noch eine überaus milde. Vermag doch sogar der „Lokal-Anzeiger“ nicht zu verhehlen, daß man

mit zusammengeknüllten Extrablättern, in die auch harte Fremdkörper eingewickelt waren, ein Bombardement gegen die Fenster“ eröffnete. „Die Wirkung war nicht allzu stark; es wurden im ganzen fünf Scheiben zerschlagen, aber die Straße war mit Glassplittern besät, die Haltung des Publikums überdies eine sehr unfreundliche und rauschliche. So wurde ein deutscher Pressevertreter, der in der Votschaft eine Auskunft einholen wollte, beim Herausretren aus dem Hause mit Heißheit empfangen und beschimpft. Ein besonders eifriger „Patriot“ fuhr ihm auf dem Rade nach und schlug auf ihn ein.“

Und sogar die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden:

„Alles läuft, rennt eilends der englischen Votschaft zu. Verrittene Schulkleute, die schleunigst aus dem Hofe des Ministeriums des Innern kommen, galoppieren in die Menge. Stöße erheben sich drohend und hier und da fliegt ein Stein. Einige Fenster Scheiben klirren. Die Massen können ihren Grimm nicht mehr zügeln.“

An diese Standalzenen schlossen sich dann, wie schon oben mitgeteilt, ähnliche vor dem Hotel Bristol an.

Und die Exzedenten, die diese unsägliche Szenen aufführten, waren, wie wir selbst feststellen konnten, nicht etwa ein besonders zusammengesehter Janhagel.

Wunderbares konnte man noch anderthalb Stunden nach dem Erges beobachten: Ein mit Spreewasser getaufter Wihling fragte höhnisch: „Ist denn noch kein englischer Leichenwagen da?“ Andere versicherten wild gestikulierend: „Er (der englische Votschafter) ist noch nicht fort. Er muß noch durch. Und dann immer feste druff!“ Und selbst die Harmloseren des tausendköpfigen Publikums meinten: „Das ist ganz recht so.“

Ein einziger Mann nur wiederholte kopfschüttelnd: „Das kann sehr bitter werden.“

Wie peinlich auch der Regierung diese Ausschreitungen sind, beweist die vom offiziellen Depeschembureau verbreitete Warnung: Berlin, 5. August. Die Erbitterung der Bevölkerung, die gestern in verschiedenen Kundgebungen zum Ausdruck kam, ist verständlich. Es muß aber schon im Interesse der im Ausland lebenden Millionen von Deutschen dringend davor gewarnt werden, dieser Erbitterung in einer Weise Ausdruck zu geben, die weder unserem Ansehen in den neutralen Staaten noch der guten Sache dient, für die wir kämpfen.

Die Ereignisse in Frankreich.

Die Kammer und der Krieg.

Paris, 5. August. Die gestrige Sitzung der Deputiertenkammer wurde vom Präsidenten Deschanel pünktlich um 3 Uhr eröffnet. Der russische Votschafter Ziwolsky wohnte der Sitzung auf der Diplomatentribüne bei. Nachdem Deschanel Zaurès einen Nachruf gewidmet hatte, der unter allgemeiner Aufmerksamkeit und begeistertem Beifall angehört wurde, gab er dem Minister des Aeußeren Viviani das Wort, welcher eine

Votschaft des Präsidenten

verlas, welche die Kammer stehend und unter häufigen Beifallrufen anhörte. Das Publikum stimmte in den Beifall der Deputierten mit ein. Viviani erstattete darauf ein diplomatisches Exposé über die Lage. Lauter Beifall ertönte, als der Redner der Haltung Belgiens huldigte. Mit Begeisterung nahm die Versammlung die Mitteilung über die französische und die russische Mobilisation sowie die Ankündigung von der englischen Mobilisation auf. Viviani verlas darauf unter größter Aufmerksamkeit des Hauses die diplomatischen Dokumente, welche Frankreich und England verbinden. Zum Schluß erklärte der Redner inmitten unbeschreiblicher Ovationen: Wir sind ohne Vorwurf und ohne Furcht. Minister Rouleus zählte darauf die Gesetzesvorlagen auf,

Die deutsch-französischen Grenzgebiete.



deren Annahme die Regierung wünsche, namentlich diejenige betreffend die Zulassung von Elsass-Lothringern in die französische Armee. Sämtliche Gesetzesvorlagen wurden angenommen. Der Präsident verlas ein von der serbischen Staatschicht überbrachtes Sympathiegramm und seine Antwort darauf, in der er der tapferen serbischen Nation den Gruß Frankreichs ausgesprochen habe. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Paris, 5. August. (Via Kopenhagen.) In der Kammer teilte gestern Ministerpräsident Viviani die Annahme der Gesetzgebung durch die beiden Kammern mit und fügte hinzu: Das Parlament vertagt sich, aber die Session wird nicht geschlossen. Viviani dankte der Kammer für das ermutigende Schauspiel, welches sie heute gegeben habe.

Das englisch-französische Bündnis.

Paris, 5. August. Die am 22. und 23. September 1912 zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter Cambon abgeschlossenen Briefe, die Viviani gestern in der Kammer verlesen hat und welche einen Meinungsaustausch zwischen militärischen und diplomatischen Behörden Frankreichs und Englands vorfanden, galten nicht und sollten nicht gelten als verbindende Verpflichtungen der beiden Regierungen, in gewissen Fällen aktiv zu werden. Jedoch mußte es, wenn eine der beiden Regierungen einen nicht provokierten Angriff von Seiten einer anderen Macht befürchtete, wichtig werden, zu wissen, ob sie auf bewaffneten Widerstand zählen können. Grey erklärt in seinem Antwortbrief, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß im Falle eines Angriffs von einer dritten Macht oder irgendeines dem Weltfrieden bedrohenden Ereignisses die davon betroffene Regierung sofort mit der anderen Regierung erwägen sollte, ob sie gemeinsam handeln wollten, um dem Angriffe zuvorzukommen oder den Frieden zu schützen. Die beiden Regierungen würden sodann über die Maßregeln beraten, welche sie zu ergreifen gedächten. Wenn diese Maßregeln eine Aktion bedingten, so würden sie sofort die Pläne des Generalstabes in Erwägung ziehen und sich darüber schlüssig werden, wieviel ihnen Folge zu geben sei.

Der Oberstkommandierende.

Paris, 4. August. (Meldung der Agence Havas — via Kopenhagen.) Der Generalissimo Joffre hat heute vormittag 11 Uhr 45 Min. Paris verlassen, um sich zur Grenze zu begeben.

Aus Oesterreich.

Die Insurrektion in Polen.

Wien, 5. August. Die „Reichspost“ meldet aus Krakau vom 3. August: In Ostgalizien wurde gestern ein aus Warschau datierter Aufruf zu einem polnischen Aufstande verbreitet, welcher von zahlreichen polnischen Parteien unterzeichnet war. Der Aufruf erläutert die zukünftige Aktion der Aufständischen, auch der Frauen, und fordert dazu auf, den russischen Behörden und dem Militär alle möglichen Hindernisse zu bereiten. Die polnischen Organisationen sollten genau über die Bewegungen der Russen informiert werden. Jede Gemeindeführung wird aufgefordert, Behörden einzulagern und die Unabhängigkeit vom russischen Reiche zu proklamieren.

Eine Verhaftung.

Karlsbad, 4. August. Das hier weilende Mitglied der serbischen Partei im bodonischen Landtag Peter Stolanovic wurde verhaftet.

Die neutralen Staaten.

Schweiz.

Der Führer der Armee.

Bern, 4. August. Der Bundesrat ernannte zum Chef des Generalstabes der schweizerischen Armee den Oberstkorpskommandanten Sprecher von Bernegg, bisher Chef der Generalstabsabteilung des schweizerischen Militärdepartements.

Holland.

Haag, 5. August. Die Königin hat für einen Teil des Landes den Kriegszustand befohlen. Amtlich wird mitgeteilt, daß bis jetzt deutsche Truppen niederländisches Gebiet nicht betreten haben. Das Gerücht, 20 englische Kriegsschiffe seien in der Marinestation Denhelder gesichtet worden, wird amtlich für falsch erklärt.

Verbot für Flieger.

Berlin, 5. August. Die niederländische Regierung hat fremden Luftfahrzeugen das Ueberschreiten der Grenzen verboten.

Rumänien neutral.

Bukarest, 4. August. Extrablätter melden, daß der heutige Kronenrat in Sinoia die Neutralität Rumaniens beschlossen hat.

Türkei.

Sperrung der Dardanellen.

Konstantinopel, 4. August. Die Regierung teilt offiziell mit, daß sie um die Neutralität der Türkei stritt wahren zu können, die Meerengen der Dardanellen und den Bosporus für fremde Schiffe geschlossen hat.

Konstantinopel, 5. August. Wie verlautet, wurde die Sperrung des Bosporus und der Dardanellen infolge der durch den Kapitän eines türkischen Dampfers überbrachten Nachricht verfügt, wonach die russische schwarze Meerflotte unweit der Mündung des Bosporus gesichtet worden sei. Die Leuchttürme bei den Meerengen wurden gelöscht und Minen gelegt.

Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten.

Washington, 5. August. Der Präsident Wilson hat die Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika erlassen.

Die Kriegsergebnisse.

An der Ostgrenze.

Ostpreußen und die russische Invasion.

Im Grenzrevier Memel ist folgende Bekanntmachung veröffentlicht worden:

„Trotz aller Ermahnungen, den weiter fortbauenden, völlig unbegründeten Gerüchten keinen Glauben zu schenken, ist uns bekannt geworden, daß ein Teil der Bevölkerung Sorge um die Zukunft hegt. Wir sehen uns daher veranlaßt, folgendes Schreiben des Kriegsministeriums an den Kreisrat des Kreises Memel vom 1. Juli 1913 zur allgemeinen Kenntnis zu bringen:

Kriegsministerium, Berlin, den 1. Juli 1913.

Die an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Eingabe der Kreisräte des Kreises Memel, Godeberg, Niederung und Lillit, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu Memel sowie einer Anzahl Privatpersonen vom 30. April 1913 betr. den militärischen Schutz der genannten Bezirke im Falle eines Krieges ist dem Kriegsministerium zur Prüfung und Beisehung abgegeben worden.

Diese Prüfung hat stattgefunden. Die in dem Immediatsgesuch ausgesprochenen Befürchtungen sind unbegründet. An eine Preisgabe deutschen Landes wird weder in Ostpreußen noch an anderen Stellen des Vaterlandes gedacht.

Grenzkämpfe.

Berlin, 5. August. (Ausführliche amtliche Meldung.) Kurz nachdem bei Soldau feindliche Truppen heute morgen angetreten waren, um starke russische Kavallerie zurückzuwerfen, erfolgte der Angriff einer russischen Kavalleriebrigade. Unter dem Feuer der deutschen Truppen brach der russische Kavallerieangriff unter schweren Verlusten zusammen. — Gestern nachmittag griff deutsche Kavallerie das von Russen besetzte Ribartyn an, — an der Bahn gelegener russischer Grenzort östlich Stallupönen. — Die Besetzung von Ribartyn verlief stürmisch den Ort, der besetzt wurde. Eine in der Nähe befindliche russische Kavalleriedivision sah dem Kampf unaktiv zu. Der feindliche Grenzschutz ist hiermit durchbrochen, was für unsere Aufklärung von größter Wichtigkeit ist.

Berlin, 5. August. (B. L. Z.) Deutsche Kavallerie hat gestern Bielun, südlich von Kalisch, besetzt; sie wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt.

Vom serbisch-österreichischen Kriegsschauplatz.

Wien, 5. August. (Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korrespondenz-Bureau.) Die Berichte über an der serbischen Grenze stehenden Truppen lassen erkennen, daß eine erhöhte Tätigkeit einzutreten beginnt. Bei Belgrad suchten serbische Festungsgeschütze in der oberen und unteren Festung, sowie auf den benachbarten Höhen durch heftiges Feuer sowohl die Bewegungen am diesseitigen Ufer als auch die Schifffahrt auf der Sava und Donau zu verhindern. Dies veranlaßte die österreichischen Truppen gestern, ein Artilleriefeuer gegen diese Geschütze zu eröffnen. Der Kampf endete damit, daß die serbischen Geschütze zum Schweigen gebracht wurden. Die Festungsmauern wurden hierbei schwer beschädigt. Die

Stadt blieb von dem Bombardement vollkommen verschont. An der Drina herrscht Ruhe. Sehr lobend wird die Tätigkeit der im Sicherheitsdienste verwendeten Truppen, insbesondere der Infanterie und der Grenzjäger hervorgehoben.

Der Seekrieg.

Petersburg, 5. August. Ein aus 19 Schiffen bestehendes deutsches Geschwader wurde gestern in der Richtung Memel—Dobau bemerkt.

Im Schwarzen Meer nahmen die Russen mehrere deutsche Handelschiffe weg.

Deutsche Schiffe beschießen die Küste Algeriens.

Berlin, 5. August. (B. L. Z.) Die im Mittelmeere befindlichen deutschen Kriegsschiffe sind gestern an der Küste von Algier erschienen und haben einzelne besetzte Plätze, die Einschiffungsorte für die französischen Truppentransporte sind, beschossen. Das Feuer wurde erwidert.

Unterseeboote im Sund.

Kopenhagen, 4. August, abends. (B. L. Z.) Drei deutsche Unterseeboote wurden heute nachmittag im Südausgange des Sundes gesichtet. Sie scheinen dort eine Vorpostenstellung eingenommen zu haben.

Warnung vor Seeminen.

Berlin, 5. August. In einer Sonderausgabe der vom Reichsmarineamt herausgegebenen „Nachrichten für Seefahrer“ wird mitgeteilt: Im Kopenhagener Sund im Königstief (Kongehjeb), im Holländer Tief und in den Drogden liegen Minen. Die Fahrstraße für Dampfer führt durch die Flint-Rinne. Für Kopenhagen besteht Lotenzwang. Ungefährer Lage des Drogden-Feuerschiffes: 55 Grad 33 Min. nördlich, 12 Grad 43 Min. östlich.

Sperrung der niederländischen Zugangsstraßen.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt in seinem amtlichen Teil: Nach einer amtlichen Mitteilung der königlich niederländischen Regierung hat diese die nördlichen Zugangsstraßen zum Meere und die Straße von Goerre durch Unterseeminen sperren lassen, auch die nötigen Vorbereitungen zur Sperrung der übrigen Zugangsstraßen getroffen.

Die Jagd auf Spione.

Ein amtlicher Erlaß.

Berlin, 5. August. Bekämpfung der Spionage. Mit dankenswerter Hingabe hat sich die Bevölkerung der Aufgäbe angenommen, an der Sicherheit des Vaterlandes durch Fahndung auf feindliche Spione mitzuwirken. Im Uebereifer sind aber mehrfach Maßnahmen getroffen worden, die nicht

zweckmäßig waren. Mehrfach sind Offiziere der eigenen Armee als russische Spione angehen und in Ausführung ihrer Tätigkeit gestört worden. Es ist durchaus notwendig, daß von der schärfsten Aufmerksamkeit nicht um Haarsbreite abgewichen wird. Man enthalte sich aber jeder Fälschung und Sorge für sofortige Klarstellung durch den nächsten Polizeibeamten. Menschenansammlungen müssen vermieden werden. Ist kein sofortiges Zugreifen notwendig, so wird eine unausgesetzte und unauffällige Beobachtung des Verdächtigen und sofortige Mitteilung an die Polizeiorgane meist das Zweckmäßigste sein.

Es kommt vor allem darauf an, Bahnanlagen, Brücken, Tunnel, Kanäle, Telegraphen-, Fernsprech- und Beleuchtungsanlagen und andere für den Verkehr und die Verbindung notwendigen Kunstbauten vor Anschlägen durch Beauftragte des Feindes zu sichern.

Berlin. Die Truppe, sowie die weiteren zuständigen Stellen sind erneut darauf hingewiesen worden, daß bei Anschlägen auf Eisenbahnanlagen und Kunstbauten die auf freier Tat Betroffenen auf der Stelle zu erschießen sind. — Jede Person, die sich in verdächtiger Weise derartigen Anlagen nähert, setzt sich als der Gefahr aus, niedergeschossen zu werden.

Die geheimnisvollen Automobile.

Raumburg, 5. August. Eins der Automobile, die von Frankreich nach Rußland schaffen sollen und die mit Damen besetzt sind, führt die Nummer 12888 — I.

Raumburg, 5. August. Die Insassen der Automobile, die Gold nach Rußland schaffen, sollen das Gold jetzt Radfahrern übergeben haben, die Mauererkleidung tragen.

Erschießung russischer Spione.

Breslau, 3. August. Der königliche Polizeipräsident veröffentlicht folgende vom 2. August datierte Bekanntmachung: Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß heute hier zwei Spione kriegsrechtlich erschossen worden sind.

Ausweisung von Ausländern.

Am Dienstag erging eine Verfügung des Coblenzer Kommandanten, wonach sämtliche Ausländer bis 5 Uhr nachmittags Coblenz verlassen mußten.

Sämtliche 5 Redakteure des dänischen Blattes „Glensburg Avis“ in Glensburg wurden in der Redaktion verhaftet.

Kriegsbekanntmachungen.

Einstellung des Postverkehrs mit England.

Das Reichspostamt teilt mit: Der Postverkehr zwischen Deutschland und England ist gänzlich eingestellt und findet auch auf dem Wege über andere Länder nicht mehr statt. Es werden daher keinerlei Postsendungen nach dem angegebenen fremden Lande mehr angenommen, bereits vorliegende oder durch die Briefkasten zur Einlieferung gelangende Sendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Der private Telegraphen- und Fernsprechverkehr zu und von diesem Lande ist ebenfalls eingestellt.

Die Landsturmpflicht.

Durch die allgemeine Mobilmachung werden auch die Landsturmpflichtigen berührt. Für die Provinz Brandenburg und Berlin sowie einige andere Korpsbezirke im Innern des Reiches ist die Aushebung des Landsturmes vorläufig noch nicht verfügt, immerhin müssen auch die Landsturmpflichtigen dieser Bezirke mit der Möglichkeit rechnen, in den allgemeinen Kriegszustand hineingezogen zu werden.

Der Landsturm besteht aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis vollendeten 45. Lebensjahr, welche weder dem Heer noch der Marine angehören, d. h. solchen, die bei der Aushebung gleich dem Landsturm überwiesen wurden, sowie solchen, die gedient, die Reserve- und Landwehrverpflichtungen erfüllt haben und mit dem 39. Lebensjahre aus der Landwehr 2. Aufgebot zum Landsturm übergetreten sind. Das erste Aufgebot umfaßt die Männer vom vollendeten 17. bis vollendeten 39. Lebensjahr. Das zweite Aufgebot ist 39 bis 45 Jahre alt. Der Aufruf im Kriege erfolgt nach Jahresklassen und beginnt mit der jüngsten. Dem Aufruf unterliegen nicht — abgesehen von schwer bestraften und zum Ehrverlust verurteilten Personen — solche Wehrpflichtige, welche wegen körperlicher und geistiger Gebrechen dauernd untauglich zum Dienst befunden und ausgemustert sind.

Politische Uebersicht.

Die preussische Amnestie.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Gnadenbefehl:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., wollen angesichts der opferwilligen Vaterlandsliebe, die das gesamte Volk in dem uns ausgebrängten Kriege beweist, allen denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage

I. wegen Verletzung des Landesherren oder eines Bundesfürsten (§§ 94 bis 101 R.-Str.-G.-B.), wegen feindlicher Handlungen gegen befreundete Staaten im Sinne der §§ 103 bis 104 R.-Str.-G.-B., wegen Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (§§ 105 bis 109 R.-Str.-G.-B.), wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt (§§ 110 bis 122 R.-Str.-G.-B.), wegen Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung im Sinne der §§ 123 bis 138 R.-Str.-G.-B., wegen Verletzung in den Fällen der §§ 196, 197 R.-Str.-G.-B., wegen Vergehen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung, wegen einer mittels der Presse begangenen oder in dem Geseß über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 65) oder in dem Vereinsgesetz vom 19. April 1908 (Reichs-Gesetzblatt S. 151) unter Strafe gestellten strafbaren Handlung zu einer Geldstrafe, zu einer Haftstrafe, zu einer Festungshaftstrafe bis zu 2 Jahren einschließlich oder zu einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren einschließlich, oder

II. wegen Diebstahl oder Unterschlagung (§§ 242 bis 248a R.-Str.-G.-B., § 188 Mil.-Str.-G.), wegen Betruges im Sinne des § 241a R.-Str.-G.-B., wegen strafbaren Eigennutzes im Sinne §§ 288, 289 R.-Str.-G.-B., wegen Entwendung im Sinne des § 370 Ziffer 5 R.-Str.-G.-B. oder wegen einer in dem Geseß betreffend den Fortdiebstahl vom 15. April 1878, Geseßsammlung S. 222, unter Strafe gestellten strafbaren Handlung zu einer Geldstrafe, zu einer Haftstrafe, zu einer Arreststrafe oder zu einer Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten einschließlich

von Unseren Gerichten rechtskräftig beurteilt worden sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, in Gnaden hierdurch einschließlich der noch rückständigen Kosten erlassen, ihnen auch die etwa aberkannten bürgerlichen Ehrenrechte wieder verleißen.

Ist wegen einer und derselben Handlung zugleich auf Grund einer nicht unter diesen Erlass fallenden Vorschrift auf Strafe erkannt, so ist diese Strafe erlassen, wenn sie aus dem unter diesen Erlass fallenden Geseße festgesetzt ist. Ist in einem Erkenntnis auch wegen einer anderen strafbaren Handlung auf Strafe erkannt, so ist die wegen der unter den gegenwärtigen Erlass fallenden Handlung eingesezte Strafe in voller Höhe erlassen.

Ist wegen derselben Tat Geldstrafe neben Freiheitsstrafe erkannt, so ist die Geldstrafe nur dann erlassen, wenn die Freiheitsstrafe unter diesen Erlass fällt.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlass Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Vornachrichtungsrechts in dem betreffenden Falle uns zusteht.

Unser Staatsministerium hat für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

Der Erlass betrifft diejenigen Verurteilungen, über die bis am 4. August von den Gerichten rechtskräftig erkannt war, also solche Verurteilungen, in denen entweder die letzte Instanz schon entschieden hatte oder in denen bis am 4. August das Rechtsmittel der Berufung oder Revision zurückgezogen war.

Es sollen ferner vom Kriegsministerium die von ihm wegen vermeintlicher Verletzung von Offizieren und Unteroffizieren gegen Zeitungen gestellten Strafanträge zurückgezogen werden.

Kommunale Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

Wie in Berlin, so sind auch in zahlreichen anderen Städten Maßnahmen eingeleitet worden, durch welche die Versorgung mit Lebensmitteln während des Krieges erleichtert bzw. gesichert werden soll.

Die Stadtverordneten in Frankfurt a. M. bewilligten einstimmig 2 Millionen Mark, für die städtische Mehlanläufe bezahlt und die Familien der eingezogenen Arbeiter unterstützt werden sollen. Die städtischen Arbeiter, die einrücken müssen, erhalten sofort für 14 Tage Lohn ausbezahlt. Ihre Familienangehörigen erhalten ferner zu den Unterhaltungen vom Reich einen Zuschuß bis zur Hälfte des Gesamtbetrags des derzeitigen Dienstverdienstes. Die zurückgebliebenen Familienangehörigen der sonstigen aus der Stadt Frankfurt a. M. zur Fahne einberufenen Mannschaften erhalten zu der Reichsunterstützung 50 Proz. dieses Betrages.

Die Stadtgemeinde in Nürnberg richtete Volkstischen zur Abgabe von billigen Speisen ein.

Weiter beschlossen die Stadtvertretungen in Kassel, Dillig und Weinhem, Summen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien in den Etat einzustellen.

In Dresden beschloß Rat und Stadtverordnete die Bewilligung von einer Million, 200 000 M. sollen zur Unterstützung der Familien der eingezogenen städtischen und gegebenenfalls auch anderer Arbeiter verwendet werden, 300 000 M. zu Ankäufen von Lebensmitteln für die ärmere Bevölkerung, 300 000 M. für die Einrichtung eines Reservelazarets in der Ausstellungshallen und 100 000 M. für unvorhergesehene Ausgaben. Die städtischen Arbeiter sollen, soweit entbehrlich, zu Erntearbeiten beordert werden, unter Fortzahlung der entsprechenden Lohnifferenz. Genosse Rißke konnte erklären, daß die Arbeiter-Samariterkolonne 200 ausgebildete Pfleger und Pflegerinnen zur Verfügung stelle.

Bürgerpolizei für die russischen Erntearbeiter.

Eine ganz besondere Kruppe wollen nach amtlicher Mitteilung die Kriegervereine organisieren. Zur Verhütung etwaiger Ausschreitungen von russischen Erntearbeitern hat der Preussische Landeskriegsverband im Einvernehmen mit den Westpreussischen landsturmfreien Mitglieder der Kriegervereine als Ueberwachungsmanschaften zu Verfügung gestellt. Diese werden bewaffnet und von den Landräten mit der Eigenschaft als Polizeibeamte ausgestattet. Die Organisation in den einzelnen Kreisen wird durch die Landräte und die Vorstände der Kriegerverbände des Näheren geregelt.

Bekanntlich werden alljährlich mehr als 100 000 Arbeiter von Rußland über die Grenze geholt, um als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Verwendung zu finden. Wie die amtliche Meldung erkennen läßt, will man sie halb als Gefangene, halb als Arbeiter in Deutschland festhalten, damit sie die Ernte einbringen helfen.

Väterchen Jar.

Der offiziöse „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt:

„Das stolze Abion“ hat sein Krämmerberg entdeckt, es will die Konjunktur benutzen und ist bereit, als Dritter im Bunde mit dem Lumpen und dem Loren über den deutschen Adler herzufallen.“

Wohle dem Sozialdemokraten, der es je gemagt hätte, den Jaren einen „Lumpen“ zu heißen! Ob nicht der „Lokalanzeiger“ der erste gewesen wäre, darüber zu zeteren und noch dem Staatsanwalt zu rufen? Auch der „Lokalanzeiger“ gehörte ja bis vor wenigen Tagen zu jenen Blättern, die bis dahin in dem Herrscher aller Reußen so etwas wie das Ideal eines Fürsten sahen.

Zu der Lumpentilgung des Jaren durch das Lokale Blatt steht im eigenartigen Verhältnis eine andere Reihe lokaler Blätter: „Eine Anzahl der vornehmsten Regimenter der deutschen Armee haben zum Chef oder Inhaber den Jaren, der überhaupt

von den fremden Monarchen die meisten Regimenter im deutschen Heere besitzt. Von den Kavallerie-Regimentern sind es das Kürassierregiment Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Brandenburg) Nr. 6, dann das Leibdragoner-Regiment Nr. 24, das in Darmstadt steht, ferner das 1. westfälische Husaren-Regiment, das auch seinen Namen trägt, und das bayerische Chevauleger-Regiment Kaiser Nikolaus von Rußland. Unter den Infanterie-Regimentern ist zu nennen das Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1.“

Nebenbei sei bemerkt, daß auch noch drei russische Großfürsten je ein deutsches Regiment besitzen, Konstantin Konstantinowitsch das Garde dragonerregiment Nr. 5, Nicolaus Nicolajewitsch das Magdeburger Husarenregiment Nr. 10 und Michael Alexandrowitsch das Westpreussische Ulanenregiment Nr. 1. Ueberdies führt noch das Fürstentwelder Ulanenregiment Nr. 3 den Namen Alexander II. von Rußland.

Die russischen Spione.

Vor einem Jahrzehnt spielte sich der Prozeß gegen unsere Gesoffen in Königsberg ab, die beschuldigt waren, den Jaren und seine Schergen beseidigt zu haben. Wie tobt da die „staatsverhaltende“ Presse gegen uns! Der treulose Wlutzar war ihr Held und sie überschlug sich in Wutanfällen gegen die Sozialdemokraten, die den „Freund Deutschlands“ schlecht behandelten. Jetzt graffiert die Spionensucht, jeder Ruße läuft Gefahr, von überhöhten Patrioten insuliert zu werden. Nun: es ist allgemein bekannt, daß die in Deutschland bisher so geschätzten russischen Vespigel und andere Dunkelmänner bis hinauf zu dem russischen Generalkonsul in Königsberg, der in jenem Prozesse Uebersetzungen fälschte, gleichzeitig militärische Spionage treiben. Wir können jetzt unseren Patrioten nur raten: sucht unter euren Freunden, die in den Redaktionen konservativer Zeitungen verkehrten, in den Polizeistuben, in den Regierungskammern bis vor kurzem ein- und ausgingen; dort findet ihr wahrcheinlich manchen Spion.

Aber das Publikum sollte sich bewußt sein, daß unter den Russen, die als Arbeiter, Studenten, Reisende, Gewerbetreibende unter uns leben, eben nur ganz seltene Ausnahmen zu dem Gefindel gehören, das sich zu dem niederträchtigen Spionagedienst hergibt. Die Geseßgebung gebietet schließlich jedermann, die Sagenen des Völkerrichts zu wahren und friedliche Bürger eines Landes, mit dem man im Kriege liegt, anständig zu behandeln.

Besonders sollte man Wurschen auf die Finger klopfen, die solche infamen Heynachsrichten verbreiten, wie jene von dem Attentat russischer Studenten auf den Kronprinzen.

Entrüstete Schmuck.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ druckte gestern eine Mitteilung der Heeresleitung an die Presse ab, die nach unserem Gefühl nur für diese aber nicht für das Publikum bestimmt war. Diese Mitteilung stellt fest, daß einzelne Blätter sich aus Sensationslust nicht entblöden, Redungen über Dinge zu bringen, deren Verbreitung nach Meinung des Großen Generalstabes ungeheuren Schaden stiften kann.

Patheistisch sieht das in Berlin als „Standal-Anzeiger“ verschriene Blatt, das sich gern rühmt, vom Kaiser ungeschmitten gelesen zu werden, dem aus Eigenem hingu:

„Wir möchten nicht unterlassen, unsererseits hinzuzufügen, daß auch die Organisation der Presse es als ihre vaterländische Pflicht ansehen wird, gegen Blätter, die sich diesen selbstverhänglichen Anforderungen des Großen Generalstabes nicht auf das peinlichste und gewissenhafteste fügen, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.“

Solche Entrüstung macht sich allemal gut an den Stellen, für die sie bestimmt ist. Und noch unten ist sie natürlich nicht bestimmt. Aber man lese den „Lokal-Anzeiger“ nur zwei Spalten weiter. Da findet man als „Drahtbericht unseres Korrespondenten“ (anders macht die Scherzgarde nicht) aus einer mitteldeutschen Stadt gemeldet den genauen Aufenthalt eines kaiserlichen Prinzen sowie genaue Charge und Nummer des Regiments, bei dem er dient.

Unter den Anweisungen, welche der Presse von der Heeresleitung zugegangen sind, befinden sich auch solche über Mitteilungen, welche den Aufenthalt von Fürstlichkeiten bei der Armee betreffen. Aber diese Schmuck sind entrüstet, wenn andere ihnen eine Sensation wegschnappen; sie selber können die Tinte nicht halten.

Letzte Nachrichten.

Abreise des deutschen Votschafters aus England.

London, 5. August. Der deutsche Votschafter wird morgen früh 6 Uhr hier abreisen. Ein Kreuzer wird zu seiner Verfügung gestellt werden.

Der deutsche Votschafter aus Petersburg in Berlin.

Berlin, 5. August. Der bisherige deutsche Votschafter in Petersburg, Graf Bourlads, ist heute vormittag 11 Uhr am Stettiner Bahnhof mit dem ganzen Personal der Votschaft angekommen.

Eingestellte Güterbeförderung.

Berlin, 5. August. Amtlich wird bekannt gegeben: Die Gesuche von Firmen und Händlern um Beförderung von Gütern jeder Art treffen in so großer Zahl bei den Militär-Eisenbahnbehörden ein, daß ihre Verantwortung für die Zukunft unumgänglich ist. Der Telegraph würde sonst derart überlastet, daß die Beförderung der wichtigsten Staats- und Militärtelegramme darunter leiden würde. Es wird nochmals dringend gebeten, von derartigen Gesuchen, weil vorläufig ausfichlos, Abstand zu nehmen. Sobald die Möglichkeit zur Beförderung der Güter wieder vorliegt, werden die nötigen Anordnungen rechtzeitig erfolgen.

Caillaux ermordet?

Frankfurt a. Main, 5. August. Ein aus Paris zurückgekehrter Journalist teilt der „Frankfurter Zeitung“ mit, daß die Nachricht von der Ermordung Caillaux durch einen Sohn Colmeties tatsächlich richtig sei, und daß er selbst eine Veröffentlichung des „Matin“ darüber gelesen habe, wonach Caillaux von zwei Angeln getroffen worden sei. Es sei jedoch nicht richtig, daß, wie zuerst verlautete, auch Frau Caillaux getötet worden sei.

Vaterland

Kaffeehaus Potsdamer Platz.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
Abends 8 Uhr:
Der süße Fratz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger!
Reffel, Britton, Seydel, Angell, Horst, Schröder, Gröning, Schubert, D. u. R. Schröder.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Th.
8 1/2 Uhr 1. d. Operettenkammer:
Leutnantsliebchen.

Todes-Anzeigen

Zentralverband der Handlungs-
gehilfen.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Am Montag, den 3. August,
verstarb unser Kollege
Hermann Heine.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Gethse-
manne-Kirchhofes in Nieder-
Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
77/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Paul Lange
am 3. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 6. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes in
Neuföhren, Mariendorfer Weg, aus
statt.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Feldler
Franz Krüger
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 7. August, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes in
Neuföhren, Mariendorfer Weg,
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
123/8 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und
Parteiengenossen herzlichsten Dank für
die zahlreiche Beteiligung bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes;
insbesondere dem Gesang-Verein
„Vorgengruen“ sowie dem Genossen
Wieloch für seine trostreichen Worte.
Frau Malow
nebst Kinder.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Anteilnahme bei der
Beerdigung meines geliebten Mannes,
des Schloßers
Karl Krüger
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, sowie den Kollegen
und dem sonstigen Personal der
Firma Köhler, Schriftgießerei,
unsern herzlichsten Dank.
Witwe Krüger und Kinder,
Huppiner Str. 31.

Von der Reise zurück. 100/1
Dr. Paul Christoffer.
Von der Reise zurück 47542
Dr. Vollmann, Frauenarzt,
Schlesische Straße 40a.
Von der Reise zurück

Dr. Silberstein
Neutölln, Berliner Straße 93.
Beratung, Redakteur; Albert Wags, Berlin. Inzeratentgelt veranlagt; Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Gegr. 1819 Hornmeister Alexander Wendmann M. & S.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Die Angehörigen der zu den Klassen einberufenen Mitglieder werden
ersucht, umgehend das Mitgliedsbuch des Einberufenen im Bureau, Kunge-
straße 30, parterre, Zimmer 2, abzugeben. 91/1

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Engelauer 14/15. Tel.: Amt Moritzplatz 13261.
Achtung! **Kollegen!** **Achtung!**
Die am Sonntag, den 9. August, in Spanbau einberufene General-
versammlung findet **nicht** statt, sondern wird auf unbestimmte Zeit
verlegt.
Gegen Einberufung beider Bevollmächtigten zum Kriegsdienst ist mit
der Leitung der Geschäfte der Kollege **Otto Schmidt**, Charlottenburg,
Helmholtzstraße 32, beauftragt.
Das Bureau, Engelauer 15, bleibt bis auf weiteres geöffnet.
153/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Telephon: Amt Moritzplatz Nr. 4003 und 8792.
Bureau: Engelauer 15. Geöffnet von 9 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.
Zur Beachtung!
Das Sommerfest des Zweigvereins,
das am 15. August dieses Jahres in Altem Festsaal stattfinden sollte,
findet unter den herrschenden Umständen
nicht statt.
Sowohl Eintrittskarten zu demselben gegen Bezahlung bei den
Hauskassierern schon entnommen sind, können dieselben bei denselben
Hauskassierern zurückgegeben werden und wird dann auch der gezahlte
Betrag zurückerstattet. 144/4* Der Zweigvereinsvorstand.

Spezialarzt
i. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weirranke jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. 1
Blut-
untersuchung, Jäden i. Gyn. u. m.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Banoptikum
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung, Schnell-, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 9 — Nm. 8. Sonnt. 9 — 11.

Miet-
Pianos
6
Mark
pro Monat an unter Anrechnung
der Miete bei späterem Kauf u.
Bereinbarung.
Bei Barzahlung höchstens Rabatt.
Bei Teilzahlung kleinste Raten
ohne jede Anzahlung.
Pianohaus
Krause,
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.
Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zu-
fuhr von Preßkohlen vorläufig eingestellt ist, weil infolge
der derzeitigen Verhältnisse Kohlen auf der Bahn nicht befördert
werden können.
Ferner bringen wir zur Kenntnis, daß wir bis auf weiteres
Kuchen- und Konditorwaren in unseren Verkaufsstellen
nicht mehr führen. Alle übrigen Waren werden wir besorgt sein,
in den notwendigen Quanten zu beschaffen, jedoch machen wir
unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß das Mitbringen von
Waren aus unseren Verkaufsstellen für Nichtmitglieder **gesetz-**
lich unzulässig und strafbar ist.
106/3 Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Hilfe für einberufene Geschäftstreibende
Infolge des Krieges müssen selbständige Geschäfts- und
Gewerbetreibende in großer Zahl ihre Betriebe verlassen, um ihrer
Dienstpflicht zu genügen. Viele von ihnen werden einen ge-
eigneten Stellvertreter nicht haben. Bei der Wichtigkeit, die eine
zielbewußte Leitung der gewerblichen Betriebe gerade im Augen-
blicke hat, haben wir beschlossen, eine Vermittlung von Stell-
vertretungen zu übernehmen. Wir fordern deshalb diejenigen
Handels- und Gewerbetreibenden, die einen Stellvertreter brauchen,
auf, eine entsprechende Anmeldung an die Handels- oder Hand-
werkskammer zu richten. Auf der anderen Seite mögen sich
militärfreie Kaufleute und Gewerbetreibende bei uns melden,
sofern sie bereit sind, eine solche Stellvertretung zu übernehmen.
Die Handelskammer zu Berlin. Die Handwerkskammer zu Berlin.
Franz v. Mendelssohn, **C. Rahardt,**
Präsident. Präsident. 100/2
Kennst Du das Land, wo die Eichen stehen?
Hast Du den Heinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.
Teppich-Spezialhaus Emil Lehove,
nur Oranienstraße 158, Kien-
teppichlager, 4, 25, 6, 10 bis 1500
Mark, feinste Teppiche spottbillig.
Katalog gratis.
Klappbordwagen. hochelegante,
Teilzahlung gestattet. Eisenbahn-
straße 34, Ruhiggeschäft. 43*

Möbel.
Wohlfühl! Für Brautleute günstige
Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen
Mit kleiner Anzahlung gebe ich
Stube und Küche. An jedem Stück
deutlicher Preis. Ueberaus reichhaltig
dabei ausgerüstet. Bei Krankeits-
fällen und Arbeitslosigkeit anerkant
größte Rückzahl. Möbelgeschäft N.
Goldmann, Postenstraße 28. Ede
Gnadenstraße. 29012

Kaufgesuche.
Platina, Gold, Silber, Gefäße,
sowie sämtliche gold-, silber-,
platinhaltigen Schmuckstücke
metallische Gegenstände, Berlin, Köpe-
nickerstraße 29. Telephon Vor-
platz 3476. 99/20*

Gefunden u. verloren
Verloren gegangen Verkehrs-
urkunde, Police der Lebensversicherung
Friedrich Wilhelm*. Abzu-
geben Frau Dossow, Stargarder-
straße 3. 28515

Verschiedenes.
Kunstkopferer-Große Frankfurter-
straße 67. 23992*

Verkaufe.
Goldschmelze kauft höchstzahlend
Sahngelbe, alle Metalle. Witwe
Kieper, nur Köpenickerstraße 157.
Platinabfälle, Algold, Silber,
Sahngelbe, Glasstrumpfische, Que-
silber kauft höchstzahlend Köpen-
ickerstraße 19 III.
Sahngelbe, Goldschmelze, Silber-
schmelze, Platinabfälle, sämtliche Metalle
höchstzahlend. Eisen- u. Kupfer-
schmelze, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber
Rautenfeldstraße). 48/10*

Unterricht.
Chauffeur-Ausbildung mit großer
Reparatur-Berufstätte. Ingenieur
Schapiro, Berlin-Wilmersdorf, Ber-
linerstraße 16. Honorar mäßig. Tag-
und Abendkurse.
Violinunterricht. sehr fördernd
durch benutzte Methode zur reinen
Tongabe und Fortschrittsweise bis zur
Meisterhaft. Ebenso vorzüglichen
Unterricht im Klavierpiel und in der
Kompositionslere. Per Violon re-
spective Stunde je nach Tageszeit von
1 Mark an, Reisend mit 25 Pfennig
bis 2 Mark im Abonnement. Fleißige,
talentvolle Lernende werden er-
hehlich berücksichtigt. Offerten an
Kunstreuektion des „Vorwärts“
unter G. 4.

Verkaufe.
Automobilfahrer, erstklassige
Heilungsfähige Ausbildung, 100 Mark.
Kuch-Abendkurse. Katalogium.
Köpenickerstraße 116. 21979*

Gefunden u. verloren
Verloren gegangen Verkehrs-
urkunde, Police der Lebensversicherung
Friedrich Wilhelm*. Abzu-
geben Frau Dossow, Stargarder-
straße 3. 28515

Verschiedenes.
Kunstkopferer-Große Frankfurter-
straße 67. 23992*

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.
Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zu-
fuhr von Preßkohlen vorläufig eingestellt ist, weil infolge
der derzeitigen Verhältnisse Kohlen auf der Bahn nicht befördert
werden können.
Ferner bringen wir zur Kenntnis, daß wir bis auf weiteres
Kuchen- und Konditorwaren in unseren Verkaufsstellen
nicht mehr führen. Alle übrigen Waren werden wir besorgt sein,
in den notwendigen Quanten zu beschaffen, jedoch machen wir
unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß das Mitbringen von
Waren aus unseren Verkaufsstellen für Nichtmitglieder **gesetz-**
lich unzulässig und strafbar ist.
106/3 Der Vorstand.

Kadefahrtarten

Wanderkarten
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Loden)
Gelegenheitskauf! Sommer-
Schlafdecken
St. 88 Pf. 135 165 250 M.
1 Partie Sommer-
Steppdecken!
St. 285 375 450 525 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Fehlerhafte Decken
spotbillig!

Vermietungen.

Wohnungen.
Charlottenstraße 87, kleine Woh-
nungen, billig, renoviert, sofort.
Saubere Stube und Küche, von
18 Mark an. Frankfurter Allee 182.
Freundliche kleine Wohnungen:
1 Zimmer, Küche von 19 Mark,
2 Zimmer, Küche von 24 Mark an.
Lichtenberg, Bergstraße 125/127.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1 oder
2 Herren, Regulus, Köpenickerstraße 49,
born II, Rathes. 29826

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Ältere Frau bittet wegen Ge-
schäftsstilllegung sofort um Beschäfti-
gung. Reier, Admiralstraße 33.

Stellenangebote.
Tüchtige Schraubendreher auf
Sandbänken bei hohen Abfordrungen
sowie selbständige Motorschlosser.
Aufschriften unter Adresse E. 3 an
die Expedition dieses Blattes. 47552
Korbmacher
stellen sofort ein 47522
Calm u. Ahlfeld
Rohrwarenfabrik Bernburg.

Kraft und Zahl im modernen Kriege.

Zum besseren Verständnis des gegenwärtigen Weltkrieges mit seinen noch nie dagewesenen Riesenheeren wollen wir noch einige Ausführungen aus dem schon gestern (in dem Artikel „Das moderne Massenheer“) erwähnten Buche des Generals der Kavallerie z. D. von Bernhardsi hier wiedergeben. Es liegt uns daran, daß unsere Leser als denkende Sozialisten den überaus ernsten und folgenschweren Ereignissen folgen, und dementsprechend ihr Urteil bilden können.

General von Bernhardsi schreibt u. a. über Kraft und Zahl im modernen Kriege:

„Die Bedeutung, die der Zahl in den europäischen Militärstaaten ganz allgemein beigegeben wird, hat ihre sehr natürliche Wurzel in der Annahme, daß bei ungefähiger gleicher Bewaffnung, Ausrüstung und Ergänzung die Leistungsfähigkeit der verschiedenen europäischen Armeen ungefähr die gleiche sei, daß man daher ein bestimmtes fahrbares Hebergewicht nur durch numerische Ueberlegenheit zu erlangen vermöge. Bei uns in Deutschland kommt noch hinzu, daß man sich in langer Friedenszeit gewöhnt hat, mit theoretischen Größen zu rechnen, und die unwägbareren Faktoren des Erfolges, die sich jeder Berechnung entziehen, deshalb auch tatsächlich außer acht zu lassen.

Dieser Glaube an die Zahl aber ist ein trügerischer Wahn; das läßt die Kriegserfahrung aller Zeiten erkennen, und nichts ist gefährlicher, als von der numerischen Ueberlegenheit zu erwarten, was sie an sich nicht zu leisten vermag. Gewiß ist die Größe der verwendeten Heere einer der wichtigsten Faktoren der Kraft. Dennoch aber darf man ihre Bedeutung nicht überschätzen. Man muß sich vielmehr von der Bedeutung der Zahl im Kriege genaue Rechenschaft zu geben versuchen, wenn man in der Kriegsführung selbst nicht auf Irrwege geraten will.

Für die Theorie des Krieges zunächst ist der Begriff der Zahl der einzige mögliche Maßstab für die Kraft und der einzige Ausdruck für ihre Darstellung. Ueberall, wo es darauf ankommt, theoretische Lehre und Grundsätze für Krieg- und Truppenführung zu entwickeln, müssen die unwägbareren Kraftfaktoren bei den angenommenen Gegnern als gleichwertig vorausgesetzt werden, und es bleibt die Zahl als einziger meßbarer Unterschied übrig. Will man beispielsweise die tatsächlichen Vor- und Nachteile von Angriff und Verteidigung gegeneinander abwägen, so ist es unzulässig, bei der einen Partei weniger gute Truppen oder schlechtere Führung anzunehmen als bei der anderen. Bei dem völlig schwankenden Wert derartiger Annahmen könnte man niemals zu einem allgemeingültigen Ergebnis der Betrachtung gelangen, sondern ließe stets in der Erörterung unbestimmter Sonderfälle stehen. Der praktische Soldat aber muß sich bei der Anwendung der Theorie stets bemühen bleiben, daß Kraft und Zahl eben nur in der Theorie gleichwertig sind, in der Praxis aber sich keineswegs zu decken brauchen.

Im wirklichen Krieg ist es nur selten statthaft, die Zahl als alleinigen Wertmaßstab der Kraft zu betrachten. Immerhin aber gebührt ihr unter den verschiedenen Faktoren, aus deren Zusammenwirken die Kraft entspringt, eine ganz besondere Beachtung.

Zunächst ist die numerische Stärke der einzige Kraftfaktor einer Armee, der sich mit Bestimmtheit feststellen läßt. Alle anderen

Komponenten dieser Kraft lassen sich nur schätzen, und bieten somit unbegrenzte Möglichkeiten der Täuschung dar. Kenntnis der zahlenmäßigen feindlichen Stärke gibt also immechthin, wenn man sie mit den Schätzungswerten der militärischen Eigenschaften, Schwächen und Eigenümlichkeiten des Gegners in Verbindung bringt, einen einigermaßen sicheren Anhalt für die Beurteilung der vom Gegner zu erwartenden Leistungen. Ja, dieser Anhalt kann zu einem ganz bestimmten werden, wenn man die Besonderheit und Leistungsfähigkeit des Feindes bereits durch Kriegserfahrung kennen gelernt hat und daher nicht mehr auf bloße Schätzung angewiesen ist. So konnte man sich beispielsweise nach den Schlachten von Wörth und Spicheren deutscherseits ein ganz bestimmtes Bild von dem hohen taktischen Wert der französischen Armeen, ihrer Rechtsweise und der mangelnden Initiative ihrer Führer machen. Kam nun noch eine genaue Kenntnis ihrer numerischen Stärke hinzu, so gab diese der deutschen Heeresleitung einen sicheren Maßstab in die Hand, um die lebendige Kraft des Gegners zu bestimmen. Wo freilich die Armeen aus sehr verschiedenwertigen Elementen zusammengesetzt sind, bietet die numerische Gesamtstärke keinen sicheren Maßstab für die zu erwartende Leistung. Doch ist zu bedenken, daß auch Truppen, die zu Beginn der Feindseligkeiten einen ganz verschiedenen Wert haben, wie z. B. Linientruppen und Neuformationen, im Verlauf des Krieges eine gewisse Gleichartigkeit erlangen können. Die schwächeren, weniger leistungsfähigen Elemente verschwinden allmählich infolge der Austretungen und Entbehrungen aus Reich und Glied, der Tod hält eine Auslese, die nur allzuoft gerade die besten und verwegentesten Leute trifft; die Kriegserfahrung aller Teile nimmt zu und füllt die Lücken der Ausbildung allmählich aus; alle diese Momente wirken zusammen, um die Unterschiede des Truppenwertes allmählich auszugleichen. Ist dieser Ausgleichspunkt erreicht, ist diese Entwicklung dem Gegner aus der Erfahrung bekannt geworden, dann wird ihm abermals die Kenntnis der Zahl zum entscheidenden Faktor für die Bewertung der gegnerischen Kraft.

Dieselben Gesichtspunkte gelten natürlich auch für die eigene Truppe. Sind ihre Eigenschaften dem Führer so bekannt, daß er sie richtig einschätzen kann, so bietet die Zahl den Maßstab für das, was er in jedem einzelnen Falle an Kraft einsetzen muß, um den Erfolg zu sichern. Ist man vollends berechtigt, den Wert der Truppen beider kriegführenden Parteien als völlig gleich anzunehmen, dann bildet die Zahl den absoluten Maßstab für die mögliche Kraftentfaltung.

So bleibt sie in der praktischen Kriegsführung immer einer der wesentlichsten Faktoren der strategischen Rechnung und des Erfolges. Dennoch aber ist die numerische Ueberlegenheit nicht immer die wichtigste Bedingung des Erfolges.

Zunächst kann es sehr wohl Verhältnisse geben, in denen man die Ueberzahl überhaupt nicht zur Geltung bringen kann. Ueber die Bräute von Arcote konnte selbst ein Bonaparte den Uebergang nicht erzwingen, weil er auf dem Damus, auf dem der Angriff erfolgte, seine Kräfte nicht zu entfalten vermochte. Erst die Umgehung brachte den Erfolg, weil sie den Einsatz weiterer Truppen ermöglichte. Bei Marathon erlagen die Perser, weil sie ihre gewaltige Uebermacht auf dem engen Kampffelde nicht zu entwickeln vermochten; bei Salamis scheint das gleiche der Fall gewesen zu sein. Auf dem engen Raume konnte die persische Flotte ihre Kräfte nicht zur Wirkung bringen.

Auch in neuzeitlichen Kriegen kommen solche Verhältnisse vor. Als Bourbaki die Risane-Stellung angriff, konnte er in dem verhältnismäßig engen Entwicklungsraum, den er für den Angriff gewählt hatte, seine Streitkräfte überhaupt nicht entwickeln. Von

den 326 Geschützen, die er mit sich führte, brachte er nur etwa 80 in Stellung; seine Infanterie fand keinen Platz zur Entfaltung ihrer Ueberzahl; so erlag er vor dem viel schwächeren Gegner, und auf dem Rückzuge wurde ihm seine numerische Stärke zum weiteren Verderben, weil er sie ordnungsmäßig weder zu bewegen noch zu verpflegen vermochte.

Wie in diesen Fällen der Raum nicht ausreichte, um die Ueberzahl zur Geltung zu bringen, so kann es auch Verhältnisse geben, unter denen es dem numerisch Stärkeren zeitlich unmöglich ist, überlegene Massen rechtzeitig zu versammeln. Der russisch-japanische Krieg liefert hierfür ein schlagendes Beispiel. In anderen Fällen wieder ist es die taktische und operative Schwerefähigkeit der Heere, die dem beweglicheren und entwicklungs-fähigeren Feinde gegenüber den Wert der Zahl nicht wirksam werden läßt.

Dann kann es auch Kriegslagen geben, in denen die Masse dadurch zum Verderben wird, daß sie sich in schreiendem Mißverhältnis zu der Natur des Kriegsschauplatzes befindet. Armut des Landes und wenig entwickelte Verbindungen geben meistens Hand in Hand, da die Verkehrswege nicht willkürlich geschaffen, sondern durch die Güter- und Personenbewegung bedingt werden, und nur im richtigen Verhältnis zu dieser bestehen können. Es kann also sehr wohl Fälle geben, in denen es schlechterdings unmöglich wird, eine gewisse Ueberzahl von Truppen zu ernähren und kamp- und bewegungsfähig zu erhalten. Das schlagendste Beispiel für diese Tatsache liefert Napoleons Feldzug 1812 nach Rußland, bei dem die Masse der Armee keineswegs, wie die Legende berichtet, durch die Strenge des russischen Winters umgekommen ist. Zum größten Teil ist sie vielmehr schon während des Vormarsches zugrunde gegangen, weil es unmöglich war, sie in dem dünnbesiedelten, wogelosen Lande getrennt marschieren zu lassen und ordnungsmäßig zu versorgen. Da loderten sich alle Bande der Disziplin in den hungernden Scharen; die Wertschwerluste wuchsen ins Ungeheure, und von der ganzen großen Armee, die zu Beginn des Feldzuges über 300 000 Mann stark unter Napoleons persönlicher Führung den Vormarsch begonnen hatte, gelangten nur etwa 123 000 Mann auf das Schlachtfeld von Borodino und nur etwa 90 000 Mann nach Moskau. Nur diese Trümmer sind auf dem Rückzuge an Hunger und Kälte zugrunde gegangen.

Aus der Partei.

Kriegswirkungen auf die Partei.

Der Ausbruch des Krieges hat die Einberufung des Internationalen Kongresses unmöglich gemacht. — Einen Termin für die Abhaltung des nächsten Parteitagcs festzusetzen, muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. — Auch die Bildungsarbeit wird durch die Kriegswirren fast ganz unmöglich gemacht. Die Parteischule kann ihre Arbeit nicht aufnehmen. Von den Wanderrédacteurs des Zentralbildungsausschusses befinden sich einige bereits unter den Waffen.

Die „Neue Welt“ zu verschicken ist zurzeit unmöglich. Sie kann also den Parteiblättern vorläufig nicht beigelegt werden. — Die für den 1. Oktober d. J. vorgesehene Herausgabe des illustrierten Familienblattes ist gleichfalls bereitwillig worden.

Kleines Feuilleton.

Die „Helden der Situation“.

Sie steht gar tief in mancher Menschenbrust, die liebe Eitelkeit, die Freude, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, im Mittelpunkt des Interesses zu stehen. Auch die ernstesten Stunden bringen diese eifigen Wesen nicht zum Schweigen. Wenn sich die Zukunft drohend und blutig aufrichtet, stehen sie da und blähen sich auf und gaderen und krähen, um die „Helden der Situation“ zu sein.

Einige dieser Wesen, die mir in den letzten Tagen über den Weg gelaufen, sollen hier porträtiert werden.

Am Sonntag abends, als das Gerücht, Japan habe an Rußland den Krieg erklärt, die Stadt durchwehte und man daraufhin in allen Cafés Japan hochleben ließ. Vor dem alten „Café des Westens“ steht ein Wölbentyp mit einem schönen lieben Hädel zur Seite. Er schwenkt den Hut und schreit: „Jetzt sind die Russen kaputt! Nach Petersburg! Nach Petersburg!“ Er schreit, daß er heiser wird, mit dem andern Arm aber drückt er das Mädchen fest an sich. Wie ein Faun steht er dort und meckert „Nach Petersburg!“ und die Menge drängt sich um ihn und bewundert ihn. Da kommt ein kleiner, älterer Mann herbeigestrüzt und erzählt, sein „junger Mann“ habe ihm eben aus dem „Rheingold“ telephoniert, dort habe ein Generalstabschef erzählt, daß Japan wirklich Rußland den Krieg erklärt habe. Sofort schreit sich die Menge um ihn. Er fährt wie ein Kreisel hin und her und man hört immer wieder von neuem: „Mein junger Mann... Rheingold... ein Generalstabschef...“ Er strahlt vor Freude und bläht sich auf, fühlt sich als Held der Situation.

Dienstag im Stadtbahncoupé, in der drangvollen Enge des Viertelstundenverkehrs. Am Fenster steht ein junger Mann in Arbeiterkleidung, in der Hand ein kleines Köfferchen. Ein guter Bürger, ein rechter Philistertyp, findet, der junge Arbeiter nehme zu viel Platz ein und ruft ihm groß zu: „Drücken Sie nicht so!“ Der Arbeiter antwortet: „Schreien Sie nicht so mit mir!“ Da wird der gute Bürger, der zu säufeln begonnen, ganz reflexiv. Was denn der andere zu krakeelen habe und überhaupt warum er durch-aus beim Fenster stehen wolle... und dann dieses schwarze Köfferchen... wer weiß, was darin ist. Wir werden schon sehen, wer das Jungchen ist... er werde ihn festhalten lassen... man könne nicht wissen... und redet und bläht sich und fühlt sich als Herr der Situation.

Am Abend am Kurfürstendamm, Ecke Wilmersdorfer Straße. Eine der alltäglichen Szenen. Zwei ältere russische Damen gehen dahin und sprechen russisch. Sofort ein Strohenauslauf. „Aufpassen! Provokation! Frechheit!“ Die erschreckten Damen, die wahrscheinlich kein Wort deutsch kennen, stammeln erschrocken einige russische Sätze. Das steigert die Erregung, Stöße werden geschwungen. Da greifen einige Besonnenere ein. Besorgte Frauen dürfen nicht bedroht werden. Man möge an die Auslandsdeutschen denken. Da plötzlich ertönt eine drohende Stimme, ein Mann in Sportmägen taucht auf: „Keine Ansammlungen... die Regierung verlangt Ruhe... wir müssen der Regierung gehorchen... Bedenken Sie, wir leben im Kriegszustand... keine Ansammlungen... ein Unglück kann leicht...“ Jetzt schart sich die Menge um ihn. Immer neue Passanten lockt er mit seiner Stimme an, immer von neuem erklärt er „keine Ansammlungen“ und je größer die Ansammlung um ihn

wird, desto aufgeregter und desto stimmkräftiger schreit er: „Ruhe... Regierung... keine Ansammlung...“ Und so sind sie alle, diese „Helden der Situation“. Sie sind die wahren Unruhehelfer in diesen Tagen.

Wir tun unsere Pflicht. Der Verlagsbuchhändler Hillger, der das Erbe Kämpfers unter aller Kanone verwalte, hat einen offenen Brief an Deutschlands Handel, Gewerbe und Industrie gerichtet. Er ruft alle, die in der Stadt entbehrlieh sind, aufs Land hinaus. Sie sollen dem Landmann die Ernte sichern helfen. Wohlan, das tut so not, als es lächerlich und dreist ist, von den ganz einzigen Herrlichkeiten der Landarbeit zu sprechen. In einer Zeit, in der das Rot des Blutes zum Himmel schreit, sollte keiner in rosigem Farben malen. Warum sollte die Landarbeit heute weniger schwer und sauer sein als in Friedenszeiten, wenn die Agrarier ihre Leute darben lassen und Inedten? Aber sie soll und muß verrichtet werden, trotzdem sie schwer ist. Nein, es soll in dieser Zeit keiner vor dem Dienst für das Vaterland sich drücken, aber er soll nicht wie der Droschkenkutscher denken, der dem Herrn Hillger auf die Frage, wie er sich zum Krieg stelle, zur Antwort gegeben haben soll: „Gestern noch war ich Sozialdemokrat, heute bin ich Deutscher“. Diese Droschkenkutscherantwort zieht nicht. Man kann Sozialdemokrat bleiben und dennoch seine Pflicht erfüllen.

Kriegsanleihen einst und jetzt. Durch den Ausbruch des Krieges wurde die Aufnahme einer Kriegsanleihe für später eine unumgängliche finanzielle Maßnahme. Ausnahmeverhältnisse, wie sie der Krieg schafft, versehen eben auch die sonst gutfundierten modernen Staaten in die unabwendbare Zwangslage, ihren Geldbedarf auf dem Wege der öffentlichen Anleihen aufzubringen, wenn nicht gar zu dem Gewaltmittel von Zwangsliehen zu greifen brauchen. Das tat beispielsweise Frankreich im Jahre 1870, das zur Deckung der Kriegskosten eine halbe Milliarde Frank Banknoten zu Zwangsliehen ausgab und 1872 eine Anleihe von drei Milliarden ausnahm. Der Sezessionskrieg brachte den Vereinigten Staaten von Amerika eine Gelddrückung, deren Kosten im Jahre 1865 durch die Begebung einer Anleihe in Höhe von drei Milliarden aufgebracht wurden. Und Japan sah sich im Verlaufe des russisch-japanischen Krieges gar in die Lage versetzt, fünf Anleihen im Gesamtbetrag von 2400 Millionen Mark zu emittieren, eine Ziffer, die einem eindrucklich zum Bewußtsein bringt, wie rapide bei der modernen Kriegführung die Kosten gewachsen sind.

Welchen Umfang das moderne Mittel der Geldbeschaffung durch Ausgabe von Anleihen angenommen hat, beweist ein Blick auf die Entwicklung der Staatsschulden. Vor dem 18. Jahrhundert spielen diese im Finanzwesen der Staaten kaum eine Rolle. Vor dieser Zeit hatten die zivilisierten Staaten insgesamt rund 8 Milliarden Mark Schulden, eine Summe, die bald auf etwa 125 Milliarden Mark angewachsen war, die so gut wie ganz auf Europa entfielen. Ausnahmeweise war indessen schon früher das Mittel, durch Aufnahme von Anleihen einen dringenden Geldbedarf zu decken, hier und da zur Anwendung gekommen. So entstand zur Zeit Franz I. von Frankreich die erste Staatsrente, die durch die Einkünfte der Stadt Paris garantiert wurde.

Im Gegensatz zur Neuzeit bestritt man in den Staaten des Altertums die Kosten großer Kriege aus den Fonds, der aus der Kriegsbeute, aus den den Besiegten auferlegten Kriegssteuern und aus den Ueberschüssen der Staatseinnahmen gebildet wurde. Heute sind es nur wenig Staaten, die über einen Kriegsfonds als Notreserve verfügen, so Deutschland mit seinem Schatz im Juliusturm, die Schweiz, die rund 8 Millionen in Gold aufbewahrt, und Japan, das die von China empfangene Kriegs-

entschädigung zu gleichen Zwecken aufspeicherte. Im Altertum und bis in die Neuzeit hinein verfiel man im Interesse der Wiederauffüllung des Kriegsschatzes auf die merkwürdigsten Mittel. So erzählt beispielsweise Cervantes, daß jeder Spanier zu einer bestimmten Zeit einmal im Monat hungern mußte, um mit dem Gelde der ersparten Nahrungsmittel der erköpften Kriegskasse aufzuhelfen. Im Mittelalter verpfändeten oder verkauften die Fürsten Kronländer, Juwelen und Privilegien, wenn sie es nicht borgen, als „Rosketten“ bezeichnete Vermögenssteuer auszusprechen, die Dante als ebenso schädlich bezeichnet wie „Verhungern und Feuerbrünste“, falsches Geld auszugeben oder bei Juden oder reichen Kaufleuten Darlehen aufzunehmen, deren Verzinsung und Rückgabe nicht immer programm-mäßig erfolgte.

Die Eisenbahnen der kriegführenden Staaten. Bei der ungeheuren Wichtigkeit, die die Eisenbahnen für den Aufmarsch und die Konzentration der Truppenmassen haben, wird es interessieren, die genauesten und neuesten Daten darüber zu erfahren. In der Spitze steht Deutschland; es besitzt 62 734 Kilometer, d. h. 11,6 Kilometer auf 100 Quadratkilometer oder 9,5 Kilometer auf 10 000 Einwohner. In der absoluten Zahl folgt nun Rußland, d. h. das europäische mit 62 198 Kilometer, aber da es über sechsmal so viel Flächeninhalt und das Doppelte an Einwohnern hat wie Deutschland, so kommen hier nur 1,2 Kilometer auf 100 Quadratkilometer und 4,8 auf je 10 000 Einwohner. Frankreich besitzt 50 282 Kilometer. Da seine Fläche nur 4000 Quadratkilometer kleiner ist als die Deutschlands, so kommen nur 9,4 Kilometer auf je 100 Quadratkilometer. Geringer ist der Prozentsatz der Kilometerzahl zur Einwohnerzahl, weil es nur 40 Millionen Einwohner hat, größer, nämlich 12,8 auf 10 000 Einwohner. Oesterreich-Ungarns Eisenbahnnetz ist verhältnismäßig schwach entwickelt; es zählt 45 828 Kilometer, das sind 8,8 Kilometer auf 100 Quadratkilometer und 9,0 auf 10 000 Einwohner. Serbien schließlich besitzt 936 Kilometer, das heißt 2,7 Kilometer auf 100 Quadratkilometer und 3,8 auf 10 000 Einwohner.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Kleinen Theater wird „Der Aked“ von Ewald Cranz am Donnerstag, Freitag und Sonnabend vom Besten der Landesvereine vom Roten Kreuz aufgeführt. — Das Schillertheater in Charlottenburg wird seine Spielzeit plangemäß am 13. August mit Kleistens „Prinzeu von Homburg“ eröffnen.

— Kunst und Wissenschaft vertommen. Die Berliner Museen sind bis auf die Nationalgalerie und das Zeughaus geschlossen worden. — Die Königl. Bibliothek wird die neuen Lesesäle und die Bücherausgabestelle, die jetzt im Umbau begriffen sind, vor der Hand nicht wieder öffnen können. — Verschiedene Theater wollen versuchen, bei herabgesetzten Sägen im Herbst zu eröffnen.

— Später Patriotismus. Infolge der vielfach betriebenen Fremdenhenge sehen sich allerlei Unternehmungen, die sich bisher geschmacklos und überflüssigerweise möglichst fremdenbräutlich Bezeichnungen bedienten — wie Palais de danse, Café Piccadilly, Prince of Wales usw. — genötigt, dafür jetzt deutsche Benennungen einzuführen. Die Paradenmusik, die sich einbildet, ein Bot de Hambre wäre kein Rachttopf und das Palais de danse kein Prostituiertenlokal, wird freilich damit nicht abgetan.

— Wärlliche Wirkungen. Zeitungen, die sich bisher durch bedingungslosen Papierverbrauch auszeichneten, beginnen bereits ihren Umfang einzuschränken. Öffentlich werden die Schwundblätter, die von aufgeschaukten oder Wippdenmeldungen leben, durch die richtige Einsicht der Nichtmehr-Käufer bald verschwinden.

Die meisten unserer Zeitungen haben sich, gleich den bürgerlichen Blättern, zur wesentlichen Einschränkung ihres Umfanges genötigt gesehen. — Es ist in dieser schweren Zeit Aufgabe der Parteigenossen, sofort für Ersatz zu sorgen, wenn in den Vorständen und Ausschüssen unserer Organisationen durch die Einberufung Lücken entstehen. Die Organisationen müssen unter allen Umständen aufrechterhalten werden, das ist die ehrenvolle Aufgabe der militärdienstfreien Genossen.

Koalitionsrecht und Einigungswesen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat soeben das Ergebnis einer Untersuchung über „Ausbau und Verbesserung des gewerblichen Einigungswesens“ herausgegeben. Die Schrift*) baut sich auf den Gutachten einer ganzen Reihe von Sachverständigen auf und enthält manche beachtenswerte Feststellungen über die Mangelhaftigkeit und die notwendigen Verbesserungen des gewerblichen Einigungswesens. Der Verfasser, Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, spricht in seinem Schlusswort den Wunsch aus, daß auch die Gesetzgebung das Ergebnis der Untersuchung bald verwerte. Und die Wochenchrift der bürgerlichen Sozialreformer, die „Soziale Praxis“, sucht die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Schrift zu lenken. Sie führt hierfür an: Gerade einige der jüngsten langandauernden Arbeitskämpfe, insbesondere einige schwere Ausperrungen beweisen es aufs neue, daß die Einrichtungen zur Sicherung des gewerblichen Friedens und zur raschen Beilegung von Arbeitswisten noch nicht allenthalben in Deutschland wirksam genug ausgestattet sind, um solchen wirtschaftlich-sozialen Zusammenstößen vorzubeugen oder ihnen doch die bittere Schärfe und verhängnisvolle Ausdehnung zu nehmen. . . . Es klaffen noch viele Lücken in dem Einigungsapparat, und die Technik des Apparat selbst ist noch vielfach unvollkommen in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht. —

Auch die aufgeklärten Arbeiter haben schon lange auf Mängel unseres gewerblichen Einigungswesens hingewiesen und sowohl in ihren Vorschlägen für die Tarifverträge als auch in den sozialdemokratischen Anträgen an die Gesetzgebung zweckmäßige Verbesserungen angeregt. Sie wissen, daß das, was sie zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erstreben, dringend notwendig ist und die unbedingte Voraussetzung für die segensreiche Entwicklung der Gesamtheit bildet. Demgemäß haben die Arbeiter sich auch niemals geweigert, ihre Forderungen und deren Begründung in voller Öffentlichkeit darzulegen; sie sind stets zu Verhandlungen mit den Unternehmern bereit gewesen.

In der Tat sind derartige Verhandlungen schon jetzt von großer Bedeutung. Ein beträchtlicher Teil der Lohnbewegungen findet durch die Verhandlungen einen vorläufigen Abschluß. Auf diese Weise ist mancher Streik und manche Ausperrung vermieden worden.

Aber das gewerbliche Einigungswesen liefert uns nur den Boden, auf dem es zu einer zeitweisen Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern kommen kann. Es kommt aber erst dann wirklich zu einer solchen Verständigung, wenn die Unternehmer sich durch die Kraft der Arbeiterverbände zu einem Entgegenkommen auf die Forderungen der Arbeiter gezwungen sehen. Und dafür ist die Voraussetzung eine wirkliche Vereinigungsfreiheit der Arbeiter. Deshalb muß vor allem anderen das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen die Angriffe der Unternehmer geschützt und ausgedehnt werden.

Denn die Verhandlungen vor den Einigungsämtern beziehen sich auf den Gegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten; der Klassengegensatz der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft ist der Inhalt solcher Verhandlungen. Unter den heutigen Verhältnissen streben die Unternehmer danach, für sich aus der Arbeit ihrer Arbeiter einen möglichst großen Uberschuß, möglichst viel Profit herauszuholen und demgemäß den Arbeitern möglichst schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. Die Arbeiter dagegen müssen selbstverständlich auf die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedacht sein. So stoßen die Unternehmer und die Arbeiter in ihren Forderungen aufeinander.

Seitdem die Arbeiter sich in ihren wirtschaftlichen und politischen Verbänden zusammengeschlossen und dadurch Widerstandskraft gegen eine gar zu rücksichtslose Ausbeutung erlangt haben; seitdem sie durch ihre Verbände den Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen planmäßig führen, haben auch die Unternehmer ihre Kräfte vereinigt und setzen sie ein, um die Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen. Ja, sie arbeiten unermüdet dahin, den Arbeitern durch Ausperrungen, gelbe Arbeitervereine und neue Zwangsgesetze jeden Kampf um bessere Zustände ganz unmöglich zu machen und das Koalitionsrecht der Arbeiter trocken zu legen.

Das ist die Lage der Dinge, die gegenwärtig in dem Stillstand, ja im Rückschritt unserer sozialpolitischen Gesetzgebung und in der unbefriedigenden Durchführung der Arbeiterbeschützungs- und Arbeiterverbandsgesetze sowie in den Massenausperrungen schärfer als je hervortritt. An diese Lage der Dinge und an ihre Gefahren für die Arbeiterrechte mahnte uns vor dem Kriege das unaufhörliche Geschrei der Unternehmer nach Ausnahmegesetzen gegen die aufgeklärten Arbeiter.

Von dem Kampfe gegen diese Bestrebungen dürfen sich die Arbeiter durch nichts ablenken lassen. So wünschenswert für sie eine Verbesserung des gewerblichen Einigungswesens sein mag — was würde es ihnen helfen, wenn inwischen ihre Vereinigungsfreiheit weiter eingeschränkt, den Gewerkschaften und der Partei ihre Tätigkeit zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse noch mehr erschwert wird? Was würde die „Einigung“ helfen, wenn die abhängigen Arbeiter durch immer stärkeren Druck in die gelben Verrätervereine hineingezwungen, die Arbeiterführer ihren Eltern mit immer neuen Vorwürfen entzweimet, die Arbeiterzeitungen durch immer schärfere Verurteilungen bedrückt, die Arbeitervertreter, weil sie die Interessen der Arbeiter vertreten, zu Erpressern oder sonstigen angeblenden Verbrechern gestempelt werden? Dies müssen die Arbeiter unter allen Umständen verhindern. In dem Kampfe gegen diese Gefahren dürfen sie keinen Augenblick nachlassen.

Deshalb müssen sie auch die Verbesserung des gewerblichen Einigungswesens in dem Zusammenhange betrachten.

in dem sie in Wahrheit steht: in dem Zusammenhange mit dem Schutz und der Verbesserung der Vereinigungsfreiheit, der dringendsten sozialpolitischen Aufgabe nach dem Frieden. Nur dann, wenn ihr die Gesetzgebung gerecht wird, kann die Verbesserung des gewerblichen Einigungswesens einen wirklichen, bedeutungsvollen Nutzen bringen.

Gewerkschaftliches.

Mobilmachung und Gewerkschaften.

Die erfolgte Mobilmachung der Streitkräfte des Deutschen Reichs setzt auch die Gewerkschaften den schwersten Erschütterungen aus. Der Organismus der Gewerkschaften ist um so empfindlicher getroffen, als ihre Statuten durchgängig die außerordentlichen Verhältnisse, die im Kriegsfall eintreten, nicht berücksichtigen. Nun ist überraschend schnell der Krieg gekommen, der die Gewerkschaftsvorstände zwingt, im Interesse der Erhaltung der Organisationen außerordentliche Maßnahmen zu treffen.

Mit dem Augenblick der Mobilmachung ist die Tätigkeit der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet, dem Kampf um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbunden. Lohnbewegungen irgend welcher Art können nicht geführt werden, die schwebenden Lohnkämpfe müßte man wohl oder übel als beendet erklären. Um so dringender sind die Anforderungen, die zur Unterstützung der Arbeitslosen an die Klassen der Verbände gestellt werden. Eine Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder hat kein Gewerkschaftsinstitut vorsehen. Die Not, die in den Familien der Arbeiter eingezogen ist, deren Ernährer dem Ruf zur Fahne Folge leisten mußte, ist aber so groß, daß sich den Gewerkschaften die Pflicht aufdrängt, hier helfend einzugreifen. Die am Sonntag abgehaltene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, deren Ergebnis der in der Montagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf der Generalkommission war, hat sich mit diesen Fragen beschäftigt, bestimmte Richtlinien für die einzelnen Gewerkschaften aber noch nicht festgelegt.

Die gleich nach erfolgter Mobilmachung in großer Zahl eingegangenen Meldungen über Stilllegung von Betrieben veranlaßten den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes zum sofortigen Handeln, ohne erst das Ergebnis der Umfrage über den Stand der Arbeitslosigkeit abzuwarten. Die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Verbandsmittglieder zu den Waffen gerufen ist, steht fest und es kann nicht daran gezweifelt werden, daß von den übrigen Mitgliedern ein sehr erheblicher Teil arbeitslos ist. In dieser Situation hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes am 3. August weittragende Beschlüsse gefaßt, die er in einer Rundlegung in der neuesten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Kenntnis der Mitglieder bringt.

Diese Beschlüsse besagen in der Hauptsache, daß sämtliche im Statut vorgesehenen Unterstützungen außer Kraft gesetzt sind. Der Verband zahlt vom 3. August ab nur noch Arbeitslosenunterstützung und Unterstützung an die Familien der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder. An alle arbeitslosen Mitglieder, die dem Verband mindestens 1 Jahr angehören und mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, wird nach einwöchiger Karenz auf unbeschränkte Dauer eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt, die gleichmäßig für Verheiratete 6 M. für Ledige 4 M. pro Woche beträgt. Die Familienunterstützung für die zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, die dem Verband mindestens ein Jahr angehören, soll in der Regel 3 M. pro Woche betragen. Zu diesen Unterstützungen dürfen Zuschüsse aus den Lokalkassen nicht gewährt werden, vielmehr sollen die Mittel der Hauptkasse wie der Lokalkassen dazu verwendet werden, die genannten Unterstützungen möglichst lange gewähren zu können.

Ueber den Umfang der Unterstützungsbedürftigkeit liegen im Augenblick noch keinerlei zahlenmäßige Unterlagen vor. Der Notstand ist aber so groß, daß das Verbandsvermögen in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgebraucht sein würde, wenn nicht die in Arbeit stehenden Mitglieder in dieser schweren Zeit auf das pünktlichste ihre Beitragspflicht erfüllen. Die im Hauptbureau des Verbandes beschäftigten Angestellten haben beschlossen, zugunsten der unterstützungsbedürftigen Mitglieder und deren Familien für die nächste Zeit auf ein Viertel ihres Gehalts zu verzichten. Es wird aber der uneingeschränkten Opferwilligkeit aller noch in Arbeit stehenden Mitglieder bedürfen, um den Verband über diese schwere Krise hinwegzuhelfen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Kraftdroschkenführer.

Eine Versammlung der noch an dem Streik beteiligten Fahrer tagte am Mittwochvormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses, um den Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Beilegung des Streiks entgegenzunehmen. Die Streikleitung hatte in Rücksicht auf die herrschenden Verhältnisse bei den Unternehmern eine Verhandlung nachgesucht, um einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. Die Kommission hat den Unternehmern gegenüber den Standpunkt vertreten, daß durch die Kriegswirren die normale Grundlage für die Fortführung des bestehenden Kampfes verschoben worden ist. Da beide Teile innerhalb des Kampfes (sieben Wochen) wirtschaftlich schwer geschädigt worden sind und beide Parteien sich bisher in dem Kampfe gleich stark erwiesen haben, wäre eine Einigung zu erzielen, wenn der eine Teil etwas zugeht und der andere Teil von seinen Forderungen etwas abläßt, so daß keiner von beiden als Sieger oder Besiegter aus dem Kampfe hervorgeht. Bekanntlich haben die Unternehmer die Einnahmen der Fahrer reduziert, indem dieselben die Nebeneinnahmen, die seit Jahren gewährt worden sind, in Fortfall brachten. Die Unternehmer erklärten sich durch Verhandlungen vor der „Gandelskammer“ bereit, 75 Pf. Lohn pro Tag sowie 25 Proz. der täglichen Einnahmen zu gewähren und außerdem die Haftpflichtversicherung für die Fahrer zu übernehmen. Dieses Zugeständnis ist feinerzeit von den Fahrern abgelehnt worden. Es haben dann Verhandlungen vor dem Einigungsamt der Stadt Berlin stattgefunden, welches folgenden Schiedsspruch fällte:

Die Fahrer erhalten einen Lohn von 90 Pf. pro Tag und 25 Proz. der täglichen Einnahmen mit der Maßgabe, daß die Fahrer für ihre Haftpflichtversicherung selbst zu sorgen haben.

Dieser Schiedsspruch wurde von den Fahrern angenommen und von den Unternehmern abgelehnt. Letztere sahen den Beschluß, unter Fortfall der Versicherung jetzt nur noch 75 Pf. Lohn pro Tag und 25 Proz. der täglichen Einnahmen zu zahlen. Die Unternehmer legten ferner den Fahrern eine Dienstordnung zur Unterschrift vor, durch die den Fahrern Pflichten auferlegt werden sollten, welche die Dienstordnung für dieselben unannehmbar machte. Es kam deshalb zum Streik.

Die Kommission machte nun den Vorschlag, die Unternehmer mögen ihr erstes Zugeständnis 75 Pf. und 25 Proz. sowie die Uebernahme der Haftpflichtversicherung erneut zugestehen. Die Kommission würde dann für die Annahme dieses Zugeständnisses eintreten, um so den Streik im Interesse beider Parteien als auch im Interesse der allgemeinen Situation beenden zu können.

Dieser Vorschlag lebten die Unternehmer kategorisch ab und verlangten die strikte Unterwerfung unter die Dienstordnung. Es war interessant, die Ausführungen der hier in Betracht kommenden Unternehmer zu hören, die zum größten Teil bis vor 1—3 Jahren selbst Fahrer und Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes waren und als solche alles für sich in Anspruch nahmen, jetzt aber in einem hier nicht wiederzugebenden Ton den Herrenstandpunkt vertraten und jede Einigung ohne Rücksicht auf die Situation strikte ablehnten. — Der Streik wurde durch einstimmige Annahme einer Resolution abgebrochen, aber beschlossen, die Betriebe der streikenden Unternehmer so lange zu meiden, bis dieselben die berechtigten Forderungen der Fahrer, 90 Pf. Lohn und 25 Proz. oder 75 Pf. und 25 Proz. mit Wiedereinführung der früher gewährten Nebeneinnahmen, gewähren.

Ergreifendweise konnte noch mitgeteilt werden, daß in den letzten Tagen wieder mehrere Firmen die Forderungen der Fahrer anerkannt haben! Unter anderen die Unternehmer Doherty in Reinickendorf und der Elektrobetrieb Fischer in der Ofener Straße. Bei beiden zusammen kommen etwa 70 Mann in Frage.

Achtung, Bäder! Von mehreren Seiten sind der Verbandsleitung Klagen darüber geführt worden, daß verschiedene Meister versuchen, die augenblickliche Zeit dazu zu benutzen, um den Tarif zu brechen und Veräufelungen des Arbeitsverhältnisses durchzuführen! Bei den Nachforschungen, die von Seiten des Verbandes der Bäder vorgenommen wurden, gewann es den Anschein, als ob die Bädermeister ganzer Stadtteile, so unter anderen die in Treptow, sich in diesem Sinne verabredet haben. Das hat natürlich den Widerstand unserer Kollegen gebunden. Das wird jetzt von den betreffenden Meistern so hingestellt, als hätten unsere Kollegen neue Forderungen gestellt.

Angesichts dieser Vorkommnisse und angesichts der schweren Zeit, die jetzt über die Bevölkerung hereingebrochen ist, richten wir an unsere Kollegen die dringende Mahnung, allerdings auf dem Tarif zu bestehen, unter keinen Umständen aber höhere Forderungen zu stellen, als sie der Tarif vorseht!

Wir dulden keine Lohnbrüdererei; aber die Verbandsleitung ist entschlossen, gegen diejenigen, die die gegenwärtige Situation zur Erlangung persönlicher, im Tarif nicht begründeter Sonderprivilegien zu benutzen, mit den schärfsten ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen vorzugehen.

Wir sind stets zu Verständigungen bereit, wenn es im Interesse der Allgemeinheit geboten ist, können aber unmöglich es dem freien Ermessen einzelner Bädermeister überlassen, ob der Tarif weiter eingehalten werden soll oder nicht.

Ebenso wenig aber werden wir zulassen, daß unsere Kollegen jetzt nicht im Tarif begründete oder unvernünftige Forderungen an die Arbeitgeber stellen.

Mit kollegialem Gruß

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

An die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes!

Der „Grundstein“ veröffentlicht an seiner Spitze folgenden Aufruf:

Werte Kollegen! Der Kriegszustand hat jetzt schon zu einer Erschwerung des Organisationslebens geführt und wird höchstwahrscheinlich der gesamten Verbandsstätigkeit sehr enge Grenzen setzen. Ein Drittel unserer Mitglieder oder mehr wird dem Rufe des Landes folgen und unter die Fahne treten. Von den Zurückbleibenden aber werden viele bald arbeitslos sein. Dazu kommen die Steigerung der Lebensmittelpreise und die Einschränkungen des persönlichen und beruflichen Verkehrs. Alles das wird in einem noch nicht absehbaren Umfange unsere Tätigkeit beeinträchtigen und lähmen. Der Verbandsvorstand verpflichtet alle nicht zum Heere einberufenen und in Arbeit stehenden Mitglieder zur pünktlichen Beitragszahlung und zur Pflege der allgemeinen Solidarität. Von den noch kommenden Ereignissen und von der Beitragszahlung wird es abhängen, ob der Verband seine statutarischen Pflichten erfüllen und vielleicht auch den Familien der eingezogenen Kollegen helfend zur Seite stehen kann.

In der letzteren Angelegenheit kann nicht von unserem Verband allein gehandelt werden, sondern die gesamten freien Gewerkschaften werden darin einseitig vorgehen müssen. Es hat sich bereits eine Konferenz der Verbandsvorstände damit befaßt, und in der nächsten Woche wird eine zweite Konferenz darüber beschließen. Die Reichsregierung hat in Aussicht genommen, unter Mitwirkung der Gewerkschaften in Berlin eine Zentralstelle zu errichten, die die Vermittlung von Arbeitern für die dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten besorgt. Wie verpflichten unsere Mitglieder, sich schon vor Errichtung dieser Zentralstelle nach Möglichkeit an der Einbringung der Ernte zu beteiligen, um so einerseits den allgemeinen Interessen zu dienen und andererseits sich gegen Arbeitslosigkeit zu schützen.

Die Zweigvereinsvorstände müssen darauf achten, daß für Verbandsfunktionäre, die einberufen werden, sofort Ersatzmänner gewählt werden. Vor allem ist darauf zu achten, daß die Kasienverwaltungen in Ordnung bleiben.

Diese außerordentlichen Zustände erfordern auch von uns außerordentliche Maßnahmen. Als solche ordnet der Verbandsvorstand zunächst folgende an:

1. Alle Streiks und Sperrten, die jetzt noch bestehen und deren Fortbestand von unserer Organisation abhängig ist, sind hiermit ohne Ausnahme aufgehoben.
2. Alle geplanten Lohnbewegungen, gleichviel, ob sie bereits von uns genehmigt wurden oder nicht, unterbleiben für jetzt und werden zunächst nicht weiter verfolgt.
3. Versuche der Unternehmer, die gegenwärtige schwere Zeit zu Lohnfärgungen oder anderen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse auszunützen, sind dem Verbandsvorstand zu melden, der seinerseits das möglichste um wird, um solche Angriffe auf Treu und Glauben und gute Sitte abzuwehren.
4. Alle zur Fahne gehenden Mitglieder haben sich, soweit es irgend möglich ist, ordnungsmäßig abzumelden und unter allen Umständen ihr Verbandsbuch beim Zweigvereinsvorstande zur Aufbewahrung niederzulegen.

Vielleicht wird es schon in den nächsten Tagen notwendig werden, weitere Maßnahmen anzuordnen und bekanntzugeben. Die Mitglieder wollen darum auch die Arbeiter-Lagepresse beachten. An die zurückbleibenden Kollegen richten wir die dringliche Mahnung, auch in dieser schweren Zeit treu zur Organisation zu halten. Unsere Kollegen bei der Fahne grüßen wir in brüderlicher Liebe; wir wünschen ihren Waffen den Sieg und ihnen allen eine glückliche Wiederkehr.

S a m b u r g, den 3. August 1914.

Der Verbandsvorstand. J. K. Feig Waplow.

Aufgegebene Tagung. Der Verbandstag der Bureauangestellten Deutschlands, der Montag in München seinen Anfang nehmen sollte, wurde wegen des Kriegszustandes auf unbestimmte Zeit verlegt.

*) Heft 47/48 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Die Unternehmer und das Vaterland.

In München streiken seit dem 1. Mai die Wagenbauer. Die Militärverwaltung benötigte aber dringende Arbeiten; die streikenden Arbeiter erklärten sich sofort bereit, unter Zugrundelegung der jetzigen Arbeitsbedingungen, in Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen einzutreten. Der Arbeitgeberverband lehnte jedoch ab. Infolgedessen liehen die am Streik beteiligten Gewerkschaften dem Gewerbegericht folgende Erklärung zugehen:

Die Militärverwaltung hat die Gewerkschaften benachteiligt, daß Arbeiten für die Kriegsbereitschaft infolge des Wagenbauerstreiks von den Arbeitgebern, nach deren Angabe, nicht geleistet werden können. Die Gewerkschaften sollten daher Sorge dafür tragen, daß die Lieferung erfolgen könne; sie sollten sich mit Herrn Reichsminister Dr. Brenner wegen Beilegung des Streiks ins Benehmen setzen. Diesem Verlangen der Militärverwaltung kamen die Gewerkschaften nach und verlangten unter Zugrundelegung der bisherigen Arbeitsbedingungen Verhandlung zur Beilegung des Streiks, wonach die Arbeit nach den bisherigen Arbeitsbedingungen wieder aufgenommen werden könne. — Die Arbeitgeberorganisation ließ durch den Syndikus Dr. Kübler jede Verhandlung brüskelnd ablehnen und hat sich damit der Verpflichtung gegenüber der Militärverwaltung und dem Vaterlande entzogen. Die Gewerkschaften jedoch haben der gegenwärtigen ersten Situation infolge ihrer Rechnung getragen, als sie durch die Beilegung des Streiks die Lieferung der Arbeiten ermöglichen.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Jugendsektion. Donnerstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, wie üblich, Versammlung der jungen Mitglieder des Wahlvereins.

Für den Stadtteil Südost im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für den Stadtteil Ost bei Siegel, Große Frankfurter Str. 30. Vortrag des Genossen E. Frickhorn über: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Wilhelmshagen, Rahndorf, Klein-Schönebeck und Schöneiche findet der Jahrestag am Abend, den 8. August in den bekannten Lokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Parzellenkauf — Eigenbesitz.

Wer kennt sie nicht, die überall in die Augen fallenden Plakate, Inserate, Tafeln und sonstigen Drucksachen, die in und um Berlin herum dem Publikum anzeigen, daß da und dort unter einem schon klingenden Namen eine „Kolonie“ errichtet worden ist. Errichtet nur zu dem Zweck, um den die frische Luft liebenden Arbeitern und kleinen Beamten die Möglichkeit zu verschaffen, im eigenen Heim, umgeben von einem wunderschönen Garten, seine Feiertage zu verbringen. Selbst das Paradies kann nicht schöner verbildlicht werden, als es auf diesen Reklameplakaten geschieht. Und das alles ohne Kapital. Der „G. m. b. H.“ kommt es ja nur darauf an, dem Arbeiter beim Erwerb eines eigenen Hauses behilflich zu sein.

Tausende sind auf diese marktschreierische Reklame schon hereingefallen, haben nicht nur ihre sauer erarbeiteten Groschen verloren, sondern auch das bisherige Bewegungsfreiheit und manchmal sogar ihren ehrlichen Namen eingebüßt. Es dürften deshalb wohl an dieser Stelle einige Worte von Leuten angebracht sein, die auf diesem Gebiete reichlich Erfahrungen gesammelt haben.

Die Grundstückspekulanten sind sehr vorsichtig und sehr knauserig, soweit es sich um ihr eigenes Geld handelt. Sie zahlen in den seltensten Fällen den Preis für das von ihnen erorbene Terrain voll aus. Oftmals wird der Kauf ohne Anzahlung und nur notariell abgeschlossen mit der Bedingung beim Verkauf jeder Parzelle dem Großgrundbesitzer einen bestimmten Anteil zu überweisen. Auf diese Weise geht das Terrain grundbuchamtlich nicht im ganzen, sondern parzellenweise, und zwar an die einzelnen Ansiedler über. Die Unkosten beschränken sich dadurch auf die unerheblichen Vermessungs- und Notariatskosten. Alle übrigen Kosten, welche ihnen eventuell durch die Bedingungen der Gemeinden später entstehen könnten, schiebt man den Parzellenkäufern zu, indem man die Kaufverträge dementprechend, aber nicht auffällig zurechtfügt. Um nun den Parzellenkäufern den Abschluss solcher Verträge recht schmackhaft zu machen, wird nur eine kleine Anzahlung und eine geringe jährliche Teilzahlung gefordert.

Durch diese scheinbar günstigen Bedingungen werden viele veranlaßt, Grundbesitz zu erwerben. Ist durch Unterschreiben eines solchen Vertrages vor einem Notar der Kauf perfekt geworden, so geht der Käufer mit dem sicheren Gefühl nach Hause, mit wenigen Mitteln nun Grundbesitzer geworden zu sein. Später erit wird er gewahrt, daß er durch diesen Vertrag von dem Spekulant abhängig geworden ist und nun weder vorwärts noch rückwärts kann. Diese Praktiken werden leider, wenn auch unbewußt, von vielen Gemeinden unterstützt, indem sie einerseits der Terrainspekulation allzu freien Spielraum lassen, andererseits den Parzellenbesitzern die Ausübung ihrer Grundstücke erschweren. Letzteres führt natürlich zu Konflikten zwischen Parzellenbesitzern und der Gemeinde. So kommt es auch, daß viele bei Wahrung ihrer Eigentumsinteressen mit ihren früheren Grundbuchangaben in Widerspruch geraten.

Das Geschäft widelt sich vornehmlich folgendermaßen ab: Von dem erworbenen Gelände wird ein Straßenschnittplan angefertigt und die hierbei entstehenden Blöcke in Parzellen zu je 50 bis 100 Quadratrußen geteilt. Dieser Plan wird der betreffenden Gemeinde zur Genehmigung eingereicht und findet vielfach ohne weiteres Zustimmung. Es wird auch meistens den Spekulant ein bestimmter Termin vorgeschrieben, bis zu welchem die Straßen in zweckentsprechender Weise besetzt und mit Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen versehen sein müssen. Dadurch wird es ihnen leicht gemacht, die Parzellen in kurzer Zeit zu verkaufen, da ja die Käufer in den Glauben versetzt werden, in absehbarer Zeit nicht mit den Straßeneinrichtungskosten rechnen zu brauchen. Trotzdem hat aber der Spekulant für diese Zwecke eine bestimmte Summe auf jeder Parzelle grundbuchlich zu seiner Sicherheit eintragen lassen.

Durch den rückweisen Verkauf des mit projektierten Straßen versehenen Grundstückes steigt der Wert desselben bedeutend. Die Gemeinden machen sich diese Wertsteigerung durch die Grundwertsteuerveranlagung zunutze, wovon

größtenteils nicht der Spekulant, sondern der Parzellenkäufer betroffen wird. Dieser will nun folgedessen sein Grundstück mehr ausnützen, z. B. ein Häuschen darauf bauen, wozu ihm aber die Genehmigung seitens der Gemeinde verweigert wird, weil die Straßen noch nicht gepflastert und deshalb nicht anbaufähig sind. Die Gemeinde erklärt sich ebenfalls außerstande, die Pflasterungskosten zu übernehmen, und der Spekulant weigert sich natürlich auch, irgend etwas zu veranlassen. Die Folge ist, daß die Parzellenbesitzer sich vereinen und gegen die Gemeinde Stellung nehmen und oftmals auch bei Gemeindevahlen selbständig vorgehen. Soweit hierbei organisierte Arbeiter in Frage kommen, wird für diese die Situation äußerst kritisch. Auf der einen Seite ihre Eigentumsinteressen, auf der anderen ihre grundsätzlichen Anschauungen.

Die Gemeinden, die das Vorne an unregulierten Straßen verbieten oder von gewissen Bedingungen abhängig machen, sind durchaus im Recht, und man kann den sozialdemokratischen Vertretern, die sich hierbei auf die Seite der Gemeinde stellen, gar keinen Vorwurf machen.

Will man auf diesen Gebieten bessernd wirken, muß man in der Öffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam machen, die durch die Bodenpekulation entstanden sind. Aber auch die Gemeindevertretungen müßten den Terrainspekulanten gegenüber mehr als bisher mit Konzeptionen zurückhalten, bevor diese sich nicht verpflichtet haben, alle Bedingungen zu erfüllen, die die Gemeinden auf Grund des Straßen- und Bauaufsichtengesetzes zu fordern berechtigt sind.

Den organisierten Arbeitern kann nicht dringend genug geraten werden, sich stets erst eingehend über die örtlichen Verhältnisse zu informieren, bevor sie ihre sauer erworbenen Spargroschen für solche Zwecke anlegen.

Wer in den Spandauer Staatswerkstätten arbeiten darf.

Bei den am Montag erfolgten Masseneinstellungen in den Spandauer Staatswerkstätten mußte ein junger Mann, von Beruf Eisendreher, recht sonderbare Erfahrungen machen. Derselbe hatte früh 7 Uhr um seine Einstellung erlucht. Nachdem er ärztlich untersucht und als tauglich befunden worden war, erhielt er den Befehl, daß er sich als eingestellter betrachten könne. Er sollte am nächsten Morgen sich im Betriebe einfinden. Der junge Mann, in Berlin, Fichtestraße wohnhaft, machte sich wegen der zu erwartenden unglücklichen Folge bereits um 1/3 Uhr auf die Beine, um pünktlich 8 Uhr die Arbeit antreten zu können. Im Betriebe angekommen, mußte er jedoch noch drei Stunden warten. Um 9 Uhr wurde er u. a. befragt, welcher Religion er angehöre, worauf der junge Mann betonte, daß er konfessionslos sei. Er war nicht wenig erstaunt, als ihm jetzt der Einstellungsbeamte erwiderte, daß im Betriebe der Staatswerkstätten Konfessionslose nicht geduldet werden könnten, da Menschen, die an Nichts glauben, zu allem fähig wären. Der Beamte stellte dem so Verschiedenen anheim, sich nachtaufen zu lassen, alsdann könnte noch seine Einstellung erfolgen.

Die Gründe der Abweisung sowie das an den Arbeitssuchenden gefielte Ansinnen erscheinen kaum glaublich. Jetzt, wo selbst nach der Ansicht des Kaisers alle Konfessionsunterschiede nicht mehr gelten, kann es kaum im Sinne der obersten Kriegsbehörde sein, wenn in der von uns berichteten Weise bei Arbeitseinstellungen verfahren wird.

Zu den Spionenjagden.

Die Jagd nach angeblichen Spionen ist zu einem gemeingefährlichen Linsig ausgeartet, der die Anordnungen der Militärbehörden, nicht zu geben, auf das Schwerste kompromittieren kann. Gerade im Interesse einer sachgemäßen Beachtung der erlassenen Sicherheitsmaßnahmen liegt es, Front zu machen gegen die von vielen Seiten als Sport betriebenen Spionenjagden. Bezeichnend ist ein Schreiben eines deutschen Offiziers, das die „V. Z. am Mittag“ gestern veröffentlichte und das lautet:

Am 3. August waren der Polizeiwache im Potsdamer Bahnhof bis abends 9 Uhr nach amtlichem Bericht 64 „Spione“ vorgeführt worden, von denen nicht ein einziger in Haft behalten wurde, weil sie nämlich alle keine Spione waren. Am dem Potsdamer Platz und im Schulküch-Restaurant wurden von der wütenden Menge unter anderem eingekerkert, und dabei mit dem Tode bedroht: ein preussischer Major a. D., der bei Schulküch seinen Sohn erwartete, ein Oberarzt der Landwehr und ein königlicher Gerichtsassessor, welche friedlich ihres Weges zogen. Das letzte Opfer bei Schulküch war ein bayerischer Offizier a. D., der wegen seiner Größe für einen Russen gehalten wurde. Ein etwas angetrunkenen Leutnant jenseits der Massen derartig gegen den Verdächtigen, daß derselbe in wirklicher Lebensgefahr schwelte. Vier junge preussische Offiziere retteten ihren bayerischen Kameraden endlich, indem sie ihn in Schutzhaft nahmen und hinterher auf die Bahnhofswache geleiteten. Dort verurteilte die Menge die Täre einzutreten, um den „Spion“ zu lynchen. Ein Leutnant vom 1. Garde-Regiment ließ die Mannschaft der Wache die Seitengewehre aufpflanzen und drohte, die pöbelhafte Aufführung der tobenen Masse mit Wassergewalt zu ersähen.

Miete und Zinszahlung gehen weiter.

Im Anschluß an die auch in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ wiedergegebenen, Bekanntmachungen des Magistrats und des Oberpräsidenten sei folgendes erwähnt:

Bezieh ist es an sich zutreffend, daß die Mieter den Mietzins auch jetzt nach Eintritt des Krieges weiter zu zahlen haben.

Diesem jedoch, die zur Fahne einberufen werden und infolgedessen die Wohnung — oder das gemietete Zimmer — nicht weiter benutzen, sind mit dem Tage der Einberufung von der Verpflichtung zur Mietzahlung entbunden. Bleiben Familien zurück und wird von der Familie die Wohnung weiter benutzt, so hat allerdings auch der Wirt den Anspruch auf Weiterzahlung der Miete. Die Familienangehörigen sind aber berechtigt, anderweit — z. B. bei Verwandten — Unterkunft zu suchen.

Ist die Miete für den laufenden Monat im voraus bezahlt, so kann der Betrag, der für den Teil des Monats, in dem die Wohnung nicht demutet werden kann, zurückverlangt werden.

Gleichzeitig weisen wir noch besonders auf einige Bestimmungen des am Dienstag im Reichstag beschlossenen Kriegesgesetzes „betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen“ hin.

Prozesse, bei denen eine Partei zu Einberufenen zählt, werden bis zur Beendigung des Kriegeszustandes ausgesetzt. Einberufene, die einen Prozeß führen, müssen, wenn sie die Unterbrechung des Verfahrens herbeiführen, dem Gericht Mitteilung machen. Die Unterbrechung des Verfahrens gilt auch für Minderjährige oder Entmündigte, falls der gesetzliche Vertreter — Vater oder Vormund — einberufen ist. Bis zur Aufhebung des Kriegszustandes dürfen in

folchen Fällen Termine nicht stattfinden. Auch die gesetzlichen Fristen für die Einlegung von Rechtsmitteln — z. B. Berufungsfrist, Beschwerdefrist, Revisionsfrist, Einspruchsfrist — sind während der Einberufungszeit außer Kraft gesetzt, ebenso Verjährungsfrist, sofern eine Partei einberufen ist.

Ist die einberufene Partei durch einen Prozeßvollmächtigten vertreten, der nicht einberufen ist oder ist der gesetzliche Vertreter — Vater oder Vormund — hier, so tritt die Unterbrechung des Verfahrens nicht ein. Diese Bevollmächtigten bezw. Vertreter sind jedoch berechtigt, namens der Einberufenen die Aussetzung des Verfahrens zu beantragen. Einem dahingehenden Antrag muß stattgegeben werden.

Die Zwangsboikottierung aus Urteilen gegen Einberufene sowie auch wegen der öffentlichen Abgaben — z. B. Steuern — unterliegt Einschränkungen. Es können wohl Gegenstände gepfändet, aber nicht versteigert werden. Auch die Versteigerung von Sachen, die der Ehefrau gehören, ist unzulässig, sofern das Vermögen der Ehefrau dem Nießbrauchs- und Verwaltungsbrecht des einberufenen Mannes unterliegt. Dasselbe ist der Fall, sofern minderjährige Kinder Schuldner sind und ihnen gehörige Sachen gepfändet sind.

Anträge, die die Versteigerung aufhalten sollen, sind an das Amtsgericht — Vollstreckungsabteilung — in dessen Bezirk die Pfändung erfolgt ist, zu richten.

Interessierte Leser und Leserinnen, die sich noch im unklaren sind, können sich an unsere juristische Sprechstunde wenden.

Die Bäckermeister und der Krieg.

In einer Versammlung der Bäckerinnungen wurde ein Plan bekanntgegeben, nach welchem die Stadt Berlin die Bäcker mit Mehl versehen wolle. Diese Mitteilung ist verfrüht. Der Magistrat hat bereits mit den Vertretern des Handels- und Gewerbeverbandes Besprechungen abgehalten, es sind jedoch bisher über die Zuführung des Mehls an den Konsum Entscheidungen noch nicht getroffen. Es schien dies auch nicht erforderlich, da außer den erheblichen städtischen Vorräten, die als Zuflucht im Falle der Not gedacht sind, noch sehr beträchtliche in privaten Händen befindliche Quantitäten von Mehl und Brotgetreide in Berlin lagern.

Sollten die Händler mit ihren Beständen in Gefährdung des öffentlichen Wohls zurückhalten oder die Preise in ungebührlicher Weise erhöhen, so wird gegen dieses die Not des Augenblicks ausbeutende Gebaren sofort eingeschritten werden.

Mahnahmen zur Verbilligung der Berliner Kartoffelpreise.

Auf Einladung der Kasse der Berliner Kaufmannschaft von Berlin fand gestern nachmittag eine Sitzung von Kartoffelinteressenten statt, in welcher Mahnahmen zur Ermöglichung der Kartoffelzufuhr nach Berlin während der Robilmanns beraten wurden.

Es waren erschienen eine Reihe von Berliner Kartoffelgroßhändlern, der Geschäftsführer des „Verbandes Deutscher Kartoffelinteressenten“ sowie ein Vertreter der „Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln“.

Es wurde festgestellt, daß die gegenwärtigen abnorm hohen Preise lediglich auf die durch die Militärtransporte unterbrochene Zufuhr von Kartoffeln zurückzuführen sind, und daß gegenwärtig Warenknappheit herrscht. Wenn man berücksichtigt, daß Berlin täglich durchschnittlich 10 000 Zentner Kartoffeln zum Lebensunterhalt gebraucht und wenn bei der gegenwärtigen schlechten Haltbarkeit der Kartoffeln keine großen Vorräte gehalten werden können, so ist diese Knappheit erklärlich. Zum großen Teil ist das laufende Publikum auch selbst an dieser Knappheit schuld, da zu viel Vorräte gekauft werden trotz der schlechten Haltbarkeit der Kartoffeln.

Es soll nun bei den zuständigen Stellen beantragt werden, die Zufuhr von Kartoffeln von Nebenstellen in der Nähe Berlins zu gestatten. Ferner sollen auf dem Wasserwege in aller nächster Zeit größere Mengen Kartoffeln nach Berlin herangeschafft werden.

Das Publikum wird daher ersucht, sich nur einige Tage mit dem Einkauf zu gebulden, da dann Kartoffeln in genügenden Mengen und zu billigeren Preisen zu haben sein werden.

Kartoffelspende für die Charlottenburger Kriegerfamilien.

In Charlottenburg hat der Fuhrunternehmer Robert Hencke, der gleichzeitig Rittergutsbesitzer ist, seine gesamte Kartoffelernte, die auf 60 000 Zentner geschätzt wird, den zurückgebliebenen Familien zur Verfügung gestellt.

Die Kartoffeln sollen von den Familienmitgliedern der ins Feld gerückten Soldaten selbst gegraben werden. Während dieser Zeit stellt der Eigentümer diesen freie Wohnung und freie bürgerliche Verköstigung zur Verfügung. Der Transport der geernteten Kartoffeln soll durch das Entgegenkommen der königlichen Eisenbahndirektion unentgeltlich bis zum Charlottenburger Bahnhof erfolgen. Zur weiteren Beförderung vom Bahnhof bis vor die in Frage kommenden Häuser will der Spender aus seinem Fuhrwerk Wagen und Pferde zur Verfügung stellen.

Frauen im Straßenbahnbetrieb.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn ersucht um folgende Mitteilung:

Die Reihen unserer Fahrer und Schaffner sind durch die Einziehung zum Kriegsdienst über Erwartung gekürzt. Zurzeit sind von den 2000 Mann Betriebsbediensteten 4475, also fast genau die Hälfte, zu den Fahnen gerufen. Weitere 2000 bis 2000 Mann werden folgen, sobald noch der Landsturm mit Waffe eingezogen wird. Es gilt im Interesse der Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs in Groß-Berlin zuverlässigen Ersatz zu schaffen. Es gilt gleichzeitig, den zurückgebliebenen Frauen der Einberufenen Erwerbsquellen zu erschließen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, werden wir mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden in den nächsten Tagen damit beginnen, den Schaffnerdienst auf den Anhängewagen beschäufelnde durch Frauen der zum Kriege einberufenen Schaffner und Fahrer versehen zu lassen. Das straßenbahnführende Publikum, dem wir für rückwärtssofortiges Entgegenkommen in der unvermeidlichen Verkehrsstörung dieser Tage nicht genug danken können, bitten wir, den Frauen unserer Straßen im Felde stehenden Angehörigen ihre Aufgabe aus Menschenfreundlichkeit zu erleichtern und sie gegenüber etwaigen Rücksichtslosigkeiten nach Möglichkeit zu schützen.

Wir kommen diesem Ersuchen gern nach. Als selbstverständlich nehmen wir an, daß bei den Einstellungen auch männliche Arbeitslose, unter denen sich gewiß passende Ersatzkräfte befinden, berücksichtigt werden.

Falsches Gerücht. Es ist das Gerücht in Berlin verbreitet, daß der Rüggelee versucht sei. Dieses Gerücht ist vollkommen falsch. Das Wasser ist untersucht worden und als völlig einwandfrei befunden worden.

Der Dienstvertrag der Handlungsgehilfen im Kriegsfalle.

Es gelangen jetzt viele Anfragen an uns, inwiefern durch den Kriegsausbruch das Dienstverhältnis der Handlungsgehilfen berührt wird. Es sei hierzu zu bemerken, daß der Kriegsausbruch selbst die Geschäftsinhaber keineswegs zur sofortigen Entlassung von Angestellten berechtigt. Die ordnungsmäßigen Kündigungsfristen sind einzuhalten, wenn nicht die Betriebseinstellung infolge des Kriegsausbruches erfolgen mußte.

Wer sich noch im Unklaren über seine Rechte und Pflichten aus dem Dienstvertrage befindet, dem wird bereitwilligst nähere Auskunft erteilt im Zentralverband der Handlungsgehilfen Berlin C. 25, Münzstr. 20, vorn II.

Warnung für Automobilisten.

Nachdem das Generalkommando bekannt gegeben, daß ein Kraftwagen Nummer 200 preussische Uniform tragende Offiziere und Damen mit französischem Gold in der Richtung nach der russischen Grenze unterwegs ist und daß andere Kraftwagen ebenfalls unterwegs sein sollen, teilen die Polizeibehörden mit, daß sämtliche Chausseen durch Schlagbäume gesperrt werden. Die Zufassen eines jeden Autos, welches auf Anruf nicht hält, werden heruntergeschossen. Es empfiehlt sich also dringend für alle Automobilisten und Chauffeure, doppelt Obacht zu geben. Bei dem Lärm, den der Motor verursacht, ist es leicht möglich, daß die Fahrer das Anrufen einer Patrouille überhören und sich so in Lebensgefahr bringen. Es ist daher allen Automobilisten, die gegenwärtig die Landstraßen zu benutzen gezwungen sind, nur dringend zu empfehlen, ein mäßiges Tempo einzuhalten und alle Posten an Brücken, Straßenkreuzungen, Ortschaften usw. zu beachten. Der Sicherheitsdienst auf den Landstraßen, der bereits am Sonnabend voriger Woche eingerichtet war, ist inzwischen durch die Mitglieder von Schützenvereinen verstärkt worden.

Fürsorge für die Angehörigen einberufenen Angestellten und Arbeiter.

Die Direktion der Kavelwerke Oberpreze A. G. hat beschlossen, den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Arbeiter ihrer Betriebswerke folgende Unterstützung zuteil werden zu lassen: Die zurückbleibenden Frauen der Einberufenen erhalten bis auf weiteres wöchentlich sechs Mark und jedes Kind unter 14 Jahren eine Mark. Für die Beamten und sonstigen einberufenen Angestellten ist in ähnlicher Weise gesorgt.

Die Langenscheidtsche Buchdruckerei, Schöneberg, Bahnstr. 29/30, bewilligte für die Familien aller verheirateten Angestellten, die zur Fahne berufen werden, eine monatliche Unterstützung von 25 M. Die unverheirateten Angestellten, die in den ersten Tagen einrückten mußten, erhielten den vollen Wochenlohn ausbezahlt.

Die Firma Hofschlagers Broschüren betont in einem Schreiben auf die von uns veröffentlichte Mitteilung eingezogener Arbeiter, daß sie die Interessen ihrer Arbeitnehmer nach besten Kräften wahrnehme und vor großen Opfern nicht zurückschrecke. Die Firma halte ihren Betrieb jetzt unter Verlust aufrecht im Gegensatz zu anderen bedeutenden Firmen, die ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft ihre Betriebe einfach geschlossen hätten.

Die Firma macht uns in dem Schreiben zum Vorwurf, daß wir uns vor Veröffentlichung unserer Notiz nicht erkundigt haben, wir hätten dann das Gegenteil von dem erfahren können, was uns mitgeteilt worden sei. Wir würden es ohne weiteres als lässlich anerkennen, wenn die Firma Hofschlagers gleich anderen großen leistungsfähigen Firmen ihren zum Kriegsdienst einberufenen Arbeitern oder deren Familien eine Unterstützung zuteil werden läßt. Am liebsten wäre es uns gewesen, die Firma hätte uns in dem Schreiben bestimmte Mitteilungen gemacht, so daß wir gleich davon hätten Notiz nehmen können.

Die Firma A. Wertheim händigt ihren einberufenen Angestellten ein Taschengeld von 30 M. aus. Außerdem gab sie die Zuage, daß die zurückbleibenden Frauen während des Krieges monatlich mit 50 M. unterstützt werden sollen.

Ueber die Firmen Berliner Benzintwerke G. m. b. H. und Diez Petroleum-Gesellschaft wird uns mitgeteilt, daß sie es abgelehnt haben, ihren eingezogenen Angestellten Gehalt oder Familienunterstützung zu zahlen.

In den Kreisen der Angestellten nimmt diese Haltung um so mehr Wunder, als z. B. die Benzintwerke durch den Krieg zurzeit keinen Nachteil haben können.

Die Vorschriften für die Besatzung der Schiffe auf den dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellten Wasserstraßen werden für die Dauer des Krieges folgendermaßen geändert:

Die Besatzung jedes Fahrzeuges ohne eigene Triebkraft muß einschließlich des Führers mindestens bestehen bei einer Tragfähigkeit von 15—50 Tonnen aus einem Mann; von 51—300 Tonnen aus zwei Männern; von über 300 Tonnen aus drei Männern.

Die Kreidler werden zur Besatzung der Fahrzeuge nicht gerechnet. Von der Besatzung muß im übrigen auf der Fahrt — auch im Schleppzuge — stets ein Mann unangesehrt das Steuer führen, ein zweiter Mann auf dem Deck des Fahrzeuges und die übrige Besatzung stets für den Schiffsdienst bereit sein. Bei Fahrten auf engen Flußstrecken und in Kanälen sowie bei Annäherung an andere Fahrzeuge, Schleue und Bauwerke hat sich der zweite Mann im Vorderteile des Fahrzeuges aufzuhalten.

Auf den Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit von über 51 Tonnen kann an die Stelle eines Mannes auch eine weibliche Person, im Alter von nicht unter 18 Jahren, die zur Familie des Schiffsführers gehört, treten.

§ 59. Die Worte „einen Heizer“ im ersten Absatz werden getrichen.

Das Krankenhaus in Ober-Schöneweide geschlossen.

Um in ein Kriegs-Lazarett umgewandelt zu werden, ist das Königin-Elisabeth-Hospital in Ober-Schöneweide gestern geschlossen worden. Augenblicklich ist kein Arzt in dem Gebäude anwesend. Die Räume werden zur Aufnahme Verwundeter hergerichtet. Kranke, auch solche, bei denen Lebensgefahr vorliegt, können insoweit jetzt nicht mehr aufgenommen werden.

Vom Blitz erschlagen

wurde der Produkthändler Henschke aus Storkow. Er befand sich auf freiem Felde, als ein Gewitter zum Ausbruch kam. Er suchte

unter einem Baume Schutz, doch fuhr ein Blitzstrahl in den Baum und tötete H. auf der Stelle. Vorüberkommende Landarbeiter fanden später den Leichnam des Getöteten.

Sprechstunden des Vormundschafsamtes.

Während der Dauer des Krieges finden beim Vormundschafsamte der Stadt Berlin die Sprechstunden der Berufsvormünder in jeder Woche nur am Montag in der Zeit von 11 bis 2 Uhr statt.

Gegen übermäßigen Verbrauch von Licht

wendet sich eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, die folgenden Inhalt hat: Während des Krieges müssen alle überflüssigen Aufwendungen vermieden werden. Das gilt auch für den Kohlenverbrauch in den Elektrizitätswerken und Gasanstalten. Ich ordne daher an, daß alle elektrischen Lichtreklamen auf den Dächern, mit denen übrigens auch andere Nachteile verbunden sind, unterbleiben. Darüber hinaus richte ich an den patriotischen Sinn der Geschäftsleute die Bitte, alle übrigen Lichtreklamen und die oft übermäßig grelle Beleuchtung der Schaufenster auf ein bescheidenes Maß zurückzuführen, zumal ein geschäftlicher Erfolg mit Rücksicht auf das Fehlen jeglichen Fremdenverkehrs davon kaum zu erwarten ist.

Arbeitskräfte für die staatlichen Betriebe

werden jetzt nicht mehr eingestellt, da alle Stellen besetzt sind. Die Arbeitslosen verschwenden unnütz Zeit und Geld, wenn sie glauben, jetzt noch angenommen zu werden.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Maßnahmen für die Kriegszeit.

Der Neuköllner Magistrat hat in einer Besprechung mit sämtlichen Deputierten über die durch den Krieg geschaffene Lage der Verwaltung und die zu treffenden Maßnahmen beraten. Da von den städtischen Beamten und Arbeitskräften voraussichtlich nur der sechste Teil verfügbar bleibt und auch die Handwerkskräfte in unserer Stadt wesentlich vermindert sind, müssen die städtischen Arbeiten auf das allernotwendigste Maß beschränkt werden. Von den städtischen Bauten sollen nur die im Bau befindlichen neuen Pavillons des Krankenhauses und die Desinfektionsanstalt mit Beschleunigung fertiggestellt werden, die übrigen Hochbauten nur, insoweit dies zur Schadenverhütung erforderlich ist, während von den Arbeiten der Tiefbaudeputation neben der Aufrechterhaltung des Kanalisationsbetriebes hauptsächlich die Fertigstellung des Bahnan schlusses für das Hafengelände als eines notwendigen Zubringers für Lebensmittel in Frage kommen. Die städtischen Werke für Gas und Elektrizität werden ihren Betrieb unter gewissen Beschränkungen aufrecht erhalten. Ferner sollen solche Arbeiten noch Bedarf forgesetzt werden, welche als Notstandsarbeiten Verwendung finden können. Wegen einer etwaigen Lebensmittelverknappung sind vom Magistrat bereits durch Sperrung des Verkaufes der Ertragsnisse aus den städtischen Gütern und andere Maßnahmen Vorkehrung getroffen, auch soll, wie bereits berichtet, ein außerordentlicher Kredit aus Anleihemitteln bewilligt werden. Der Wohlfahrtsrat, insbesondere der Kinderfürsorge wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet und der Ernährung durch Ausbau der Kinderkollische Sorge getragen werden. Rechtsanwaltsstelle und Arbeitsnachweis bleiben bestehen. Die Stadtvorordnetenversammlung wird auf Montag, den 10. August zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen werden, um über die Vorschläge des Magistrats Beschluß zu fassen.

Steglitz.

100 000 Mark bewilligte die letzte außerordentliche Gemeindeversammlung einstimmig zur Unterstützung derjenigen Familien, deren Ernährer ins Feld gezogen sind. Der Unterstützungssatz der Gemeinde wurde auf 100 Proz. der staatlichen Unterstützung festgesetzt. Bei besonderer Notlage wird auf andere Weise noch helfend eingegriffen werden. Ferner genehmigte die Versammlung den Erlaß einer Polizeiverordnung, die bestimmt, daß Wäcker und sonstige Verkäufer von Waare verpflichtet sind, in den Geschäftsräumen Plakate auszuhängen, auf denen Gewicht und Preise der feilgehaltenen Waaren verzeichnet sein müssen, und daß für die Käufer eine Waage zur Kontrolle des Gewichtes bereit zu stellen ist. Man hofft hierdurch, eine unredliche Preiserhöhung durch einzelne Personen verhindern zu können. — Auf eine Anfrage, weshalb die Badeanstalt geschlossen sei, wurde ausgeführt, daß nicht nur Mangel an Personal und Kohlen, sondern auch der außerordentliche Besuch in den letzten Tagen die Ursache dazu gewesen sei. Das frei geordnete Personal wurde in anderen Verwaltungszweigen untergebracht. Trotzdem das Elektrizitätswerk reichlichen Kohlenvorrat hat, richtet der Gemeindevorstand doch an alle Bezüher elektrischer Energie die dringende Bitte um mögliche Einschränkung des Verbrauches. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neugewählte Gemeindevorordnete Genosse Leimbach eingeführt und verpflichtet.

Wilmerdorf.

Die Stadtvorordnetenversammlung hatte sich am Mittwoch mit den Aufgaben der Gemeinden während des Krieges zu befassen. Der Magistrat beantragte, zu den staatlichen Unterstützungen für Familienangehörige der Kriegsteilnehmer einen Zuschuß von 100 Prozent zu gewähren. Demnach würde jede Frau 18 M. und jedes Kind 12 M. erhalten. In der Begründung führte Oberbürgermeister Haber mann aus, daß bei gleichzeitiger Einweisung der Gemeindevorordneten Groß-Berlins. Dem Stadtvorordneten Professor Dr. Leidig ging dieser Antrag natürlich wieder zu weit. Er beantragte, nicht 9 und 6 M. Zuschuß zu gewähren, sondern nur 8 und 4 M. Schließlich wurde die Sitzung auf 1/2 Stunde vertagt, in welcher der Finanzausschuß die Sache zu beraten hatte. Den Vorschlag Leidigs machte sich dieser zu eigen, dem auch das Plenum zustimmte, unter der Zusatzbedingung, wenn in Groß-Berlin endgültig ein Zuschuß von 100 Proz. beschlossen wird, die gleichen Sätze dann auch für Wilmerdorf gelten.

Ferner wurden 300 000 M. bewilligt als Unterstützungen bei außergewöhnlichen Fällen (Nietzschüsse, Erkrankungen usw.). Außerdem stimmten die Stadtvorordneten der Anlegung eines Fonds von 300 000 M. zu, aus welchem gegen Verpfändung von Inventar usw. Darlehen während des Krieges gewährt werden.

Zur Unterbringung erkrankter Einwohner und im Krieges Verwundeter beantragte der Magistrat die Zustimmung zur Errichtung der Dr. Vohlschen Klinik in der Pfalzburger Straße, die Errichtung von Baracken und die Herrichtung von Lazaretten in zwei Villen des Joachimshalschen Gymnasialgrundstücks. Die Stadtvorordneten stimmten dem zu.

Die Ferienspiele finden nicht mehr statt; auch das für den 12. August beabsichtigte Kaffeeloch und das angelegte Schlößchen finden vorläufig nicht statt.

Siemwalde.

Das heutige Kinderfest des Wahlvereins findet nicht statt.

Aus Industrie und Handel.

Deutsches Kapital in Rußland.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sind nicht gering. Zahlreiche große deutsche Firmen haben in Inzeratenteil veranlagt. Z. B. Glucke, Berlin, Druck u. Verlag; Bornhardt

Rußland Tochtergesellschaften gegründet, um an Ort und Stelle zu produzieren und die Waren absetzen zu können, so die A. G. W., die Siemens-Schubert-Werke, die Maschinenfabrik Hartmann, die Arthur Koppel A. G., Gebrüder Körting usw. Auch ist in vielen russischen industriellen Unternehmungen deutsches Kapital in großen Mengen investiert. An der Berliner Börse gehandelt wurden besonders stark Aktien der Rapschapproduktionsgesellschaft Gebrüder Nobel. Aber auch russische Bankaktien waren in größerer Zahl an der Berliner Börse zugelassen.

Endlich befinden sich in deutschem Besitz erhebliche Anteile von vierzehn russischen Staatsanleihen sowie eine große Anzahl von russischen Eisenbahnprioritäten, die zum Teil von der russischen Regierung garantiert wurden. Zur Sicherung des Zinsendienstes unterhielt Rußland in Deutschland ständig namhafte Goldguthaben, die bei verschiedenen Banken, besonders bei Mendelssohn, deponiert waren. Diese Guthaben sind jetzt, wie amtlich mitgeteilt wurde, von der deutschen Regierung beschlagnahmt worden.

Darob hat sich der beteiligten deutschen Kapitalisten eine ziemliche Aufregung bemächtigt, und sie fordern nachdrücklich, daß dieses beschlagnahmte Geld zur Sicherung ihrer Zinsen verwendet wird. Das „Berliner Tageblatt“ macht sich zu ihrem Vorkämpfer.

Es wäre sehr hübsch, wenn diese russischen Millionen den deutschen Patrioten, die Rußland ihr Geld liehen, als Entschädigung gegeben würden, während man von den Arbeitern und den Angehörigen der hinausziehenden Arbeiter die größten Opfer verlangt.

Gerichtszeitung.

Wirkung des Krieges auf das Gewerbegericht.

Auf dem Gewerbegericht macht sich die Wirkung des Kriegszustandes außerordentlich stark bemerkbar. In sehr vielen Fällen fehlt eine der Parteien oder es sind gar beide nicht anwesend. Besteht auch nur die Wahrscheinlichkeit, daß die Behinderung auf den gegenwärtigen Zustand zurückzuführen ist, ordnet das Gericht selbstverständlich die Aussetzung des Verfahrens an. Dadurch bleibt die Sache bis nach dem Kriege oder der sonstigen Behinderung in der Schwebe. In Fällen, wo aus Versehen gegen zum Kriege eingezogene Urteile ergehen, sind diese nicht vollstreckbar.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sprechst. — wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufschuß und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Cito Seite 34. Ihren Vorschlägen muß stattgegeben werden. Sprechen Sie baldigst bei uns vor.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.)
Mittwoch, den 5. August. Preis: Weizen per 50 kg Mark: Dänisch 74—75, do. IIa 74—77, do. IIIa 62—73; Weizen IIa 74—84, do. IIa 67—73; Roggen, feil 47—50, do. mager 38—47, Pfeffer 60—70, do. bin. 60—60; Pulver, bin. 60—60. Rüböl: Doppeltender 105—130; Weizenöl Ia 95—105, do. IIa 78—90; Rüböl ger. gen. 50—65. Nussöl: Nussöl Ia 90—93; Nussöl Ia 79—89, do. IIa 71—78, do. austral. —; Schaf 76—82. Schweinefleisch 58—65. — Eier: Eier 0,00—0,00; Trüffel 0,00. — Butter: Kollereibutter per 50 kg 0,00—0,00; Landbutter 00. — Gemüse, inländische: Kartoffeln, neue weiße Magde. 7,50—8,50 Marke do. 7,50—8,50, weiße Kollereibutter 6—8,50, Rosen 7—8,50; Porree 0,00—1,10; Spinat 50 kg 13,00—20,00; Kohlen 20,00—25,00; Mödrüben 50 kg 4,00—6,00; Bohnen 50 kg 12,00—20,00; Champignon 50 kg 0,00—0,00; Rohlraut 0,00—1,00; Wirsing 4,00—7,00; Weißkohl 4,00—8,00, Rotkohl, 0,00—4—9; Kohlraben 0,00—4—6; Blumenkohl, 100 Stück 4—20; Meerrettich 8,00—15,00; Petersilienwurzel 0,00—1,00—3,00; Radisches 0,00—1,00; Salat 2,00—3,00; Zwiebeln, 50 kg 12,00—15,00; Tomaten 50 kg 10—15; Pfefferlinge 18—25,00; Rauhbohnen 50 kg 7,00—10,00. Gurken 3,50—4,00. Ausland. Tomaten, ital. 50 kg 12—18; do. französische 8,00—16,00; Blumenkohl, böhmischer Ia 100 Stück 10—20, Zwiebeln, ital. 50 kg 0,00—0,00, do. ungarische 0,00 bis 0,00, do. Malta 12,00—16,00; Gurken, böhm. 100 Stück 0,00—0,00, do. do. Einlege, Saft (4—6 Schöß) 0,00—0,00. — Obst und Gemüse: Äpfel 50 kg saure 8,00—10,00, Thüringer 0,00—0,00, Weiden 9,00—10,00, do. saure 10,00—12,00; Birnen, ital. 50 kg 0,00—0,00; ungarische, 10,00—18,00; Birnen, italienische 50 kg 0,00—0,00, do. Coche 0,00—0,00, französische 0,00—0,00; Äpfel, Muskateller 0,00—0,00; Birne 5,00—18,00; Pfäfersen, italien. 12,00—20,00; Böhler 0,00—0,00, Birne 6,00—15,00; Stachelbeeren, reife, birne, 50 kg 7,00—15,00; Himbeeren, 50 kg 0,00—0,00, Preis 0,00—0,00; Johannisbeeren, birne, 50 kg 10,00—14,00; Blaubeeren 50 kg 10,00—20,00; Preiselbeeren, birne, 50 kg 10,00—18,00; Preiselbeeren, italienische, 50 kg 20,00—25,00, französische 50 kg 0,00—0,00; Preiselbeeren 50 kg 10,00—20,00; Preiselbeeren, italienische 50 kg 24,00—28,00; Preiselbeeren 22,00—26,00; Bananen, Jamaica 50 kg 15,00—20,00, spanische 50 kg 12,00—18,00; Erdbeeren 50 kg 28,00—30,00; Walnüsse, grüne 50 kg 0,00—0,00; Ananas, 50 kg 85,00—100,00; Zitronen, Messina 50 St. 8,00—12,00, 300 St. 8,00—18,00, 360 Stück 6,00—14,00, 150 Stück 6,00—10,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Ueberall etwas wärmer, still, der Ober größtenteils trocken und vielach heiter, im Westen, später auch im östlichen Küstengebiet wieder überwiegend bewölkt und an den meisten Orten leichte Regenfälle.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	3. 8.	2. 8.		3. 8.	2. 8.
Remel, Mühl	—	—	Saale, Großh.	194	-20
Regel, Jüterburg	—	—	Havel, Spandau ¹⁾	38	0
Beise, Thoen	102	-2	Nathowen ²⁾	11	+8
Döber, Rathow	113	-11	Speer, Ebersberg ²⁾	82	+2
„ „ „	154	-3	„ „ „	80	-2
„ „ „	147	+4	„ „ „	208	-2
„ „ „	—	—	„ „ „	310	-16
„ „ „	-3	+7	„ „ „	—	—
„ „ „	-32	-2	„ „ „	—	—
„ „ „	—	—	„ „ „	—	—
„ „ „	-81	—	„ „ „	—	—
„ „ „	215	+3	„ „ „	190	+3
„ „ „	170	+2	„ „ „	—	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Wir empfehlen jedem Zeitungsleser zur Anschaffung:

Liebkechts Volksfremdwörterbuch

Dreizehnte Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtsprechung nach dem vereinzelt amtl. StGB.

Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69 (Laden). 248/18*

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.